

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Aktionen im Bildungssektor

S.3

Der Zaun

S.8

Staatliche Disziplinierung des Arztberufes

S. 12

IG Bau: Wir streiken!

S. 15

Was ist Kunst?

S. 18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

AN STOIBER GESCHEITERT! Weil es Stoiber und seiner Wahlkampftruppe nicht gepasst hat, dass Rot-Grün noch ein Reformgesetz mit Langzeitwirkung verabschiedet, scheiterte am 7. Juni das Gesetz für die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide im Bundestag. Für den Entwurf stimmten SPD, Grüne, PDS und einige Abgeordnete der FDP. Die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittel-Mehrheit wurde jedoch aufgrund der Ablehnung durch CDU/CSU und großer Teile der FDP nicht erreicht. Die Initiative Mehr Demokratie hofft auf ein Ende des Wahlkampfs, einen Optimismus, der bei den Argumenten der Union (Minderheiten bestimmen, Föderalismus wird ausgehebelt) wahrscheinlich zu groß ist.

Tim Weber, Sprecher von Mehr Demokratie: „Der Bundestag hat die Chance verpasst, den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen auszusprechen. Statt der erhofften Zieldurchfahrt ist der heutige Tag leider nur ein Etappensieg auf dem Weg zur Volksabstimmung. Immerhin: erstmals seit 1949 hat sich eine deutliche Mehrheit im Bundestag für die direkte Demokratie ausgesprochen.“ CDU und Teile der FDP haben einmal mehr die Volksabstimmung blockiert. Doch wir setzen unsere Hoffnungen auf die fortschrittlichen Kräfte in Union und FDP. Der Richtungswechsel wird kommen. Niemand kann dauerhaft den Willen von über 80% des Volkes ignorieren. Wir richten unseren Blick in die nahe Zukunft. Wir setzen unsere Initiative „Menschen für Volksabstimmung“ fort. Ziel ist, dass im Parlament nach der Wahl am 22. September ein neuer Anlauf genommen wird. Bis zur Wahl wollen wir Gespräche mit 300 Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Bundestag führen. Aus der CDU/CSU gibt es Signale, dass die Chancen für einen Meinungswandel nach der Wahl gut stehen. www.mehr-demokratie.de

GEMEINDEFINANZEN. „Heute im Bundestag“ berichtet über die Anhörung im Finanzausschuss am 12. Juni: Eine „grundlegende Korrektur der Fehlentwicklungen“ im geltenden Gemeindefinanzsystem hat der Deutsche Städtetag gefordert. Wie aus seiner Stellungnahme zur heutigen öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses hervorgeht, muss die Reform sowohl am Gemeindesteuersystem als auch bei den Ausgabelasten, vor allem den Soziallasten der Städte, ansetzen. Vorrang hat für den Städtetag die Modernisierung der Gewerbesteuer mit dem Ziel, dass Großbetriebe wieder zur Finanzierung der städtischen Aufgaben beitragen. Der Kreis der Steuerpflichtigen müsse auf möglichst alle örtlichen Wirtschaftseinheiten einschließlich der freien Berufe verbreitert werden. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer wird abgelehnt. Kurzfristige Korrekturen zur Stärkung des Gewerbe- und Körperschaftsteueraufkommen seien unum-

gänglich. Begrüßt wird, dass der Bundesfinanzminister eine Kommission zur Vorbereitung einer Gemeindefinanzreform einsetzen will. Für den Deutsche Städte- und Gemeindebund kommt es darauf an, dass bei der Reform alle kommunalrelevanten Steuern behandelt werden. Der Einbruch bei der Gewerbesteuer um 11,5 Prozent im letzten Jahr habe die Probleme noch einmal zu Tage treten lassen.

Der Deutsche Landkreistag weist darauf hin, dass die Lage der kommunalen Finanzen auch deshalb so prekär sei, weil sich sämtliche Reformvorhaben in der Vergangenheit einseitig an den Belangen vor allem der Wirtschaft ausgerichtet hätten.

Professor Martin Junkernheinrich von der Universität Trier fordert eine wirtschaftsbezogene Kommunalsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, einem großen Kreis von Steuerpflichtigen und einem kommunalen Hebesatzrecht. Sie würde die starken Aufkommensunterschiede der verbliebenden Gewerbeertragssteuer vermeiden und zu mehr Steuergerechtigkeit unter den zahlenden Unternehmen führen. Für die Sozialhilfe empfiehlt Junkernheinrich eine Kombination aus der Rückführung sozialhilfefremder Ausgaben in das Sozialversicherungssystem, einer Finanzierungsbeilegung des Bundes und dem Ausbau der Sozialhilfeansätze im kommunalen Finanzausgleich.

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister von Nürnberg, stimmt den Forderungen von CDU/CSU und PDS, die Gewerbesteuerumlage zu senken, zu. Als problematisch sieht er das Auseinanderdriften zwischen armen und reicheren Städten an, das oft bei den steuerschwachen Städten noch durch hohe Sozialhilfebelastungen verstärkt werde.

Für die Einbeziehung des Problemblocks Sozialhilfe-Arbeitslosenhilfe-Arbeitslosigkeit in die Arbeit der eingesetzten Kommission plädiert Arndt Schwendy vom Sozialamt der Stadt Köln. Als Folge dauerhafter Arbeitslosigkeit stiegen nicht nur die Aufwendungen in der Hilfe zum Lebensunterhalt, sondern auch in anderen sozialen Bereichen.

Für den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) darf der Verteilungskampf der föderalen Ebenen nicht auf dem Rücken der Wirtschaft ausgetragen werden. Die „Verzahnung“ von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei ein Schritt in die richtige Richtung, müsse allerdings zu einer „Einsparrendite“ führen, die vor allem den Kommunen zugute kommt.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hält es für erforderlich, die bisherige Gewerbesteuer durch eine „kommunale Einkommen- und Gewinnsteuer“ zu ersetzen. Damit werde Ja zu einer eigenen kommunalen Steuerquelle mit Hebesatzrecht der Gemeinden, aber Nein zur einseitigen Inanspruchnahme von Unternehmen gesagt.



Links: Demonstration in Köln, Bild: arbeiterfotografie. Rechts: Demonstration in Hamburg, Bild: scc

Die im Dezember 2001 veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie haben deutlich gemacht, dass das Schulwesen in der BRD im internationalen Leistungsvergleich am unteren Ende liegt. Besonders gravierend ist das Ergebnis, dass in keinem untersuchten Land ein so enger Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialem Status der Jugendlichen existiert. Das dreigliedrige Schulsystem ist nicht auf Integration und Förderung der jungen Menschen angelegt, sondern auf Selektion, es gleicht die krasse, durch die Diskriminierung der Menschen nicht-deutscher Herkunft noch verstärkten sozialen Ungleichheiten nicht aus, sondern verschärft sie, und das bereits in den ersten Schuljahren. Nicht nur wird seit Jahren weniger in Bildung investiert als in anderen Ländern. Es wird weniger in unteren Bereich, mehr in die gymnasiale Oberstufe investiert. Ergebnis: Nur 8% der Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen nehmen heute ein Hochschulstudium auf, bei einkommensstarken Familien sind es über 70% sind.

Die gegenwärtigen finanz-, haushalts- und bildungspolitischen Entscheidungen von Bund und Ländern, die verschiedenen Steuerungsmodelle und Privatisierungsanstrengungen verfestigen diese Tendenz. Dagegen entwickelte sich in den letzten Wochen breiter Widerstand. In NRW und andernorts sind Zehntausende Studierende in Aufruhr gegen die Einführung einer Rückmeldungsgebühr von 50 pro Semester und Extragebühren in Höhe von 500-650 für ein Zweitstudium, für Langzeitstudierende, Gasthörer, Senioren, gegen die Einführung eines Studienkontenmodells, nach dessen Aufbrauch jede weitere Semesterwochenstunde mit vermutlich 25 erkauft werden muss, gegen höhere Preise für Mensassen und Wohnheimplätze. In Hamburg demonstrierten 70 000 Menschen, überwiegend Schüler, gegen die Kürzungen im Bildungswesen, in Berlin 30.000. Wir dokumentieren. scc

Gebühren, Mittelkürzung, verschärfte Selektion

Große Protestbewegungen gegen die Bildungspolitik

freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs):

Studiengebühren und Kürzung von Bildungsausgaben Ausdruck von Staatsversagen

Die geplante Einführung von Studiengebühren für sog. Langzeitstudierende und SeniorInnen, verbunden mit Mittelstreichungen bei den Studentenwerken und Personalausgaben in NRW sind unmittelbarer Ausdruck von haushalts- und finanzpolitischem Staatsversagen. Die angekündigten Maßnahmen in NRW sind allerdings nur ein Beispiel für die in den meisten Bundesländern stattfindenden, haushaltspolitischen Fehlentwicklungen im Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb. Ein steuer- und verteilungspolitisches Umdenken bei Bund und Ländern ist dringend erforderlich, wenn die öffentliche Hand ihrer Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven und zukünftige Generationen nachkommen will. Der studentische Dachverband fzs fordert Parteien und Regierungen daher auf, schnellstmöglich einen Ausweg aus der Misere der öffentlichen Haushalte zu finden und erheblich in den gesamten Bildungsbereich zu investieren. Nach dem sog. PISA-Schock, der dem deutschen Bildungswesen ein Höchstmaß an sozialer Selektion und erhebliche Qualitätsmängel attestierte, ist ferner ein bildungspolitisches Gesamtprogramm erforderlich, welches vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung reicht. Selektion und Qualitäts-

mängel sind nicht auf den Schulbereich beschränkt, sondern auch in den Hochschulen traurige Realität. Das „Forum Bildung“ kann für ein bildungspolitisches Gesamtprogramm nur Anfangs-, nicht Endpunkt gewesen sein.

Zu den aktuellen, die Bildung betreffenden haushaltspolitischen Debatten in NRW und anderen Ländern erklärt Heiner Fechner, Vorstandsmitglied des fzs: „Wer sonntags von der „Wissengesellschaft“ redet und montags die Ausgaben im Bildungsbereich kürzt und Gebühren für die sozial Schwachen einführt, macht klar: teilhabeberechtigt an der Gesellschaft sind künftig nur noch diejenigen, die sich Bildung leisten können. Für die Masse der Kinder und Jugendlichen wird qualitativ hochwertige Bildung künftig nicht finanzierbar sein. Die durch Steuerersenkungen verursachten Haushaltsperren in der Hälfte der Länder stellen ein bildungspolitisches Desaster dar. Dass Bildungspolitik derzeit fast ausschließlich von FinanzministerInnen betrieben wird, ist regelrecht skandalös.“ Zur Diskussion um die angebliche Faulheit der Langzeitstudierenden meint Fechner weiter: „Die in den letzten 20 Jahren rapide angestiegenen Studienzeiten sind das Ergebnis überfüllter Hochschulen, schlechter Betreuung, mangelhafter Studienfinanzierung und versäumter qualitativer Studienreformen. Wer hier Druckmittel einsetzt, anstatt die Studienbedingungen zu verbessern, fördert Selektion, Schmalspurstudien und Ellbogengeist.“

Der fzs hofft, dass die studentischen Proteste im Zuge des Wahlkampfes zu ei-

nem generellen steuerpolitischen Umdenken nicht nur der jüngeren Generation führen. Studiengebühren, Verwaltungsgebühren, Personaleinsparungen, Wohnungsnot, Kürzungen bei Studentenwerken und das Fehlen einer ausreichenden Studienfinanzierung stehen im Zusammenhang mit steigenden Kindergartengebühren und der schlechten personellen und technischen Ausstattung von Grund- und weiterführenden Schulen: sie sind Ausdruck eines geringen Stellenwertes von Bildung in der deutschen Gesellschaft und einer neoliberalen Sparpolitik des Bundes und der Länder. Sie sind Teil der Kürzungen in den Sozialhaushalten und der wachsenden Steuerungerechtigkeit, welche Unternehmen und Besserverdienende entlastet und Chancengleichheit für bildungsferne Schichten und Kinder aus finanziell schlechter gestellten Verhältnisse in immer weitere Ferne rücken lässt. Eine nachhaltige Steuerpolitik ist die Grundvoraussetzung für eine ausreichende Bildungsfinanzierung, Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit.“

Der Dachverband der Studierenden-schaften in Deutschland hat derzeit 77 Mitglieder und vertritt 850.000 Studierende. Quelle: www.fs.tum.de/fzs/inhalt



Bild: arbeiterfotografie

Aus der Rede der Hamburger GEW-Vorsitzenden Odenwald auf der Demonstration der 70 000 am 10.6.:

Gute Lern- und Arbeitsbedingungen!

(...) Gute Lern- und Arbeitsbedingungen sind unser Ziel, dafür nenne ich fünf Punkte:

1. Der Senat sollte davon abrücken, bei den beruflichen Bildungswegen einzusparen, die Fachoberschulen müssen erhalten bleiben! Er soll die Finger davon lassen, berufliche Schulen in private Trägerschaft zu überführen. Wer die öffentliche Verantwortung für berufliche Bildung abbauen will, trifft damit 60% der Jugendlichen. Alle müsse die Chance zu einer qualifizierten Ausbildung haben!

2. Wir sehen mit Entsetzen, welche Sparquoten für die Schulen beschlossen worden sind. Am schlimmsten soll es die Hamburger Gesamtschulen treffen, mit 10,3% Einsparungen. Gerade die Gesamtschulen stehen dafür, dass Kinder aus allen Familien eine Chance haben sollen, gefördert zu werden, zum Abitur zu

Forderungen des fzs:

- Dass die Bundesregierung endlich Sorge dafür trägt, dass Bildung grundsätzlich gebührenfrei anzubieten ist und dies auch in den einzelnen Ländern durchgesetzt wird. Kindergärten, Schulen und Hochschulen müssen unabhängig vom Familieneinkommen allen Menschen offen stehen. In diesem Sinne sind bestehende Schranken abzubauen und es ist mehr Geld, v. a. im Kindergarten- und Hochschulbereich bereit zu stellen. Zudem muss die technische Ausstattung von Schulen deutlich verbessert werden.
- Die Stellenkürzungen in allen Bundesländern müssen gestoppt werden. Der Personalbestand an Schulen und Hochschulen muss vielmehr entsprechend der Bedarfslage ausgebaut werden. Zudem ist es unabdingbar, die Lehrenden, einschließlich der ProfessorInnen, zu einer besseren Betreuung der Studierenden und zu einer Erreichbarkeit für die Studierenden zu verpflichten.
- Die Wohnungsmisere in vielen westdeutschen Großstädten muss durch öffentliche Investitionen und einen Ausbau der Wohnheimplatzkapazität in Form eines bundesweiten sozialen Wohnungsbauprogramms behoben werden.
- Die Konferenz der Innenminister und die Kultusministerkonferenz sollen gewährleisten, dass Bachelor und Master Grade von Fachhochschulen und Universitäten in ihrer Wertigkeit grundsätzlich gleich zu stellen sind. Fachhochschulen und Universitäten unterscheiden sich nicht in der Qualität der Bildung, sondern lediglich in unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen.

• Die Kürzungen der Zuschüsse für die örtlichen Studentenwerke müssen rückgängig gemacht werden, um die Arbeit der Studentenwerke nicht zu gefährden und Arbeitsplätze in den Studentenwerken langfristig zu sichern. Die Zuschüsse müssen grundsätzlich erhöht werden, um den sozialen Belangen der Studierenden gerecht werden zu können.

• Studentische Beschäftigte müssen einen Tarifvertrag erhalten, der ihnen innerhalb der Hochschule die gleichen Rechte bietet wie bei fast jeder anderen (Neben-)Erwerbstätigkeit außerhalb der Hochschule auch.

• Die Bundesregierung muss gemeinsam mit den Landesregierungen eine grundlegende Reform der Hochschul- und Studienfinanzierung erneut in Angriff nehmen. Dabei ist auf eine strukturelle Reform anstelle von Veränderungen in den Details der bestehenden Systeme hinzuwirken.

• Bund, Länder und Hochschulen müssen dafür Sorge tragen, dass ausländische Studierende deutschen Studierenden grundsätzlich gleichgestellt werden; bedarfsdeckende Sprachkurse sind von den Hochschulen kostenfrei anzubieten.

• Die im 6. HRGÄndG enthaltenen Verpflichtung, verfasste Studierenden-schaften (VS) an Hochschulen einzurichten, muss in den Ländern ohne VS, namentlich Bayern und Baden-Württemberg zügig umgesetzt werden und von der Bundesregierung forciert werden. In den anderen Bundesländern müssen die Gesetze im Bezug auf die Befugnisse der Studierenden-schaften im Sinne des HRG ausgebaut werden.

(beschlossen am 2.6.2002)

Quelle: www.fs.tum.de/fzs/inhalt

kommen. Das ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Sind aber nicht genug Lehrer da, wird Schule noch mehr zum Massenbetrieb, in dem das einzelne Kind untergeht. Das ist die schleichende Abschaffung der Gesamtschulen. Wir brauchen Gesamtschulen, die so ausgestattet sind, dass sie ihren Bildungsauftrag erfüllen können.

3. Die Bildungspolitik von CDU-Schill-Partei und FDP wird für alle Schulen einen Rückschritt bedeuten. Ein veralteter Leistungsbegriff von vorgestern soll wieder Einzug halten. Wir warnen davor, die Berichtszeugnisse nach der zweiten Klasse abzuschaffen, 12 Jahre-Abitur im Schnellverfahren durchzuziehen, die Versagensängste bei Kindern und Jugendlichen verstärken. Lernen braucht Lust und Selbstvertrauen, individuelle Beratung und Unterstützung von klein auf.

4. Für die pädagogische Anleitung und Betreuung brauchen wir vernünftige Arbeitsbedingungen in den Schulen. Schon jetzt haben Lehrerinnen und Lehrer überlange Arbeitszeiten und eine über-

mäßige Arbeitsbelastung, über die 40-Stunden-Woche hinaus. Dieser Verschleiß an der Gesundheit und Arbeitskraft von Menschen ist unerträglich. Schon die Erhöhung der Pflichtstunden unter Rot-Grün war ein falscher Schritt.

5. Wenn jetzt die jungen ausgebildeten LehrerInnen nicht eingestellt werden, haben wir bald einen Lehrermangel ohnegleichen. Hamburgs LehrerInnen sind im Durchschnitt 50 Jahre alt. In den nächsten vier Jahren werden über 2000 pensioniert. Gleichzeitig kommen 6000 SchülerInnen mehr. Daher werden jetzt alle ReferendarInnen gebraucht, die in Hamburg ausgebildet werden. (...)

Wie wird es weitergehen? Nach dem heutigen Tag brauchen wir viele phantasiereiche Ideen, Vorschläge und Initiativen, wie wir mit langem Atem weiter gemeinsam vorgehen können. Von Eltern und Lehrern aus der Gesamtschule kommt die Idee eines Volksbegehrens, um in Hamburg die Qualität der Bildung abzusichern. Das ist eine Möglichkeit, die jetzt beraten werden muss. (...)

Schlechte Noten für die Bundesregierung

Am 6. Juni 2002 veranstaltete die Bundestagsfraktion der PDS im Rahmen des „Forums Zukunft durch Abrüstung“ eine öffentliche Anhörung zum Thema „Rüstungsexportkontrolle: Bilanz und Perspektiven“. Mit der Vorbereitung der Konferenz war das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) beauftragt worden. Dessen stellvertretender Direktor, Prof. Dr. Hans Joachim Gießmann, leitete die Konferenz.

In seinen einleitenden Sätzen äußerte sich der außenpolitische Sprecher der BT-Fraktion, Wolfgang Gehrcke, zuversichtlich, dass der Bundestagswahlkampf von außenpolitischen Themen geprägt sein würde. Auch wenn man sich darüber im Klaren sein müsse, dass man mit Außenpolitik keine Wahlen gewinnen könne (Gehrcke erwähnte als einzige Ausnahme bisher die Wahlen 1972, als es um die Ostverträge ging), müsse man eine solche Politisierung des Wahlkampfs doch auch als Chance begreifen. Über drei Problemkomplexe lohne es sich öffentlich zu diskutieren: Die drohende „Normalisierung“ des Krieges im 21. Jahrhundert, das deutsch/europäische Verhältnis zu den USA und die Abrüstung.

Von letzterer ist die Welt weiter entfernt als noch vor wenigen Jahren. Das Bonner Institut für Konversionsforschung (BICC) hat Ende Mai in seinem Jahresbericht festgestellt, dass die Zeichen der Zeit wieder auf Aufrüstung stünden. Angetrieben von den gigantischen Rüstungsausgaben der USA sei in den nächsten Jahren ein neuer Rüstungswettlauf zu erwarten. Auch in Sachen Rüstungsexport, so meinte Hans-Joachim Gießmann in seinem Eingangsstatement, seien in der letzten Zeit keine Fortschritte erzielt worden. Die politischen Rahmenbedingungen seien auch so beschaffen, dass eine noch vor zweieinhalb Jahren versprochene restriktive Rüstungsexportpolitik heute keine große Chancen hätte. Zu diesen Rahmenbedingungen gehörten die Gewöhnung an Bundeswehrauslandseinsätze, der von den USA angeführte permanente „Krieg gegen den Terror“ sowie der starke Druck, den die USA auf die NATO-Staaten ausübe, damit diese ihre Rüstungsanstrengungen erhöhen.

Eine „vernichtende Bilanz“ machte Andrea Kolling als Vertreterin der Bundeskoordination Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) auf. Sie begutachtete in ihrem Referat die reale Entwicklung der deutschen Rüstungsexporte seit der Verabschiedung der Rüstungsexport-Richtlinien der Bundesre-

gierung vom 19. Januar 2000 und verglich die beiden Rüstungsexportberichte 1999 und 2000 miteinander. Entgegen der versprochenen „restriktiven“ Handhabung deutscher Waffenexporte

- seien die Export-Genehmigungen weiter angestiegen,
- seien Exporte in „problematische“ Länder (z.B. Nepal, Usbekistan) nicht verhindert worden,
- hätten im Jahr 2000 92 Nicht-NATO-Länder deutsche Waffen erhalten (1999 waren es nur 67 Länder),
- seien auch die Ablehnungen von Exportgesuchen kaum angestiegen; waren es 1999 85 Ablehnungen, so sind es 2000 117 Ablehnungen, allerdings sei der Wertumfang dieser abgelehnten Exporte mit rund 10 Mio. DM verschwindend gering.

Die Bundesregierung habe auch nicht den Versuch gemacht, die Gesetze, die den Rüstungsexport regelten (Außenwirtschaftsgesetz-AWG und Kriegswaffenkontrollgesetz-KWKG) zu verschärfen. Notwendig sei vor allem, dass die Geheimhaltungsvorschriften hinsichtlich privater Rüstungsunternehmen geändert werden müssten. Auch müsse der Bundessicherheitsrat einer parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden. Der kleine Fortschritt, dass auch das Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit (BMZ) in dieses Geheimgremium aufgenommen wurde, müsste künftig dadurch komplettiert werden, dass das Gremium Entscheidungen für Exporte nur noch nach dem Konsensprinzip treffen dürfe, so wie das heute auch bei der Vergabe von Hermes-Bürgschaften der Fall ist.

(...)

Götz Neuneck (IFSH), Otfried Nassauer (BITS-Berliner Informationszentrum Transatlantische Sicherheit) und Stefan Gose (Redaktion antimilitarismus information) widmeten sich den sehr komplexen und rüstungskontrollpolitisch nur sehr schwer beherrschbaren Themen der Proliferation rüstungsrelevanter Hochtechnologie sowie den gegenwärtigen Tendenzen der Rüstungskontrolle in den USA und den – teilweise gegenläufigen – Tendenzen zur Rüstungskooperation im Rahmen der Europäischen Union. Nassauer stellte die These auf, dass die USA mit ihrem Defense Trade Security Programme vor allem beabsichtigten, mehr Kontrolle über die Konkurrenz auf den internationalen Rüstungsmärkten zu erhalten. US-Rüstungskonzerne seien bemüht, ausgewählte europäische Rüstungsunternehmen vor allem dann zu übernehmen, wenn damit ihre strategische Position und ihr Einfluss auf die europäische Rüstungs- und Sicherheitspolitik erhöht würden. Die europäische Rüstungskooperation stelle – nach Stefan Gose – demge-

genüber den Versuch dar, solche Einflüsse nach Möglichkeit abzuwehren. Sie ist eindeutig ein politisches Projekt, das sich wirtschaftlich nicht unbedingt rechne. Das Festhalten an nationalstaatlicher Rüstung mache sie aber noch wesentlich teurer. Schrumpfende Märkte und staatliche Sparzwänge würden künftig den Zwang zur Kooperation im europäischen Rahmen noch verstärken.

Die Forderung nach mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik wurde in unterschiedlichen Variationen in fast allen Referaten der Tagung erhoben. In seinem Schlusswort hob Hans-J. Gießmann diesen Aspekt noch einmal besonders hervor, wobei er Transparenz in drei Richtungen verlangte: in Bezug auf die zu veröffentlichenden Daten, in Bezug auf das Offenlegen von politischen Entscheidungsprozessen und schließlich in Bezug auf die demokratische Kontrolle von Entscheidungen. Gießmann konnte sich den Hinweis nicht verkneifen, dass ihm manches, was während der Anhörung vorgetragen wurde, bekannt vorkam. Damit sei aber nicht gesagt, dass sich das „Bekannte“ bereits erledigt habe. Das Gegenteil sei richtig. Daher komme es heute darauf an, das Thema Rüstung, Rüstungsexport und Rüstungskonversion wieder in die öffentliche Diskussion zu tragen, auf die gesamtwirtschaftliche und soziale Notwendigkeit der Abrüstung hinzuweisen und deutlich zu machen, dass die Reduzierung von Rüstungsexporten in aller erster Linie eine politische und weniger eine rechtliche Frage ist. Dem wäre von Seiten des Berichterstatters noch hinzuzufügen, dass auch die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für ein Infragestellen von Rüstungsproduktion und -export zu bearbeiten wären. So war es durchaus bezeichnend, dass aus den Reihen der IG Metall, die noch vor Jahren ein beachtliches Konversionsprogramm auf den Weg gebracht und zahlreiche Arbeitsgruppen Alternative Produktion unterstützt hat, weder ein Referent noch ein sonstiger Teilnehmer anwesend war. Konversion und Abrüstung sind eben auch in den Gewerkschaften „out“. Dies muss in der notwendigen Diskussion um eine Wiederbelebung rüstungskritischer Ansätze berücksichtigt werden, sollte aber keineswegs entmutigen.

Peter Strutynski (aus Platzgründen stark gekürzt)



Rund 500 Roma aus Ex-Jugoslawien fahren seit Ende April durch Deutschland, um gegen ihre drohende Abschiebung zu protestieren

Roma demonstrieren für Bleiberecht

Nach 42 Tagen des Protest in Essen, Gelsenkirchen, Hamburg und zuletzt bei der Innenministerkonferenz in Bremerhaven sind am Donnerstag, 6.6., abends etwa 1000 gegen ihre drohende Abschiebung nach Jugoslawien protestierende Roma in Berlin eingetroffen. Die Roma stammen aus verschiedenen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens, vor allem aus Serbien, und protestieren gegen die aktuell laufenden Verhandlungen zwischen der deutschen Bundesregierung und der BR Jugoslawien über ihre „Rückübernahme“ (sprich Abschiebung). Sie fordern ein gesichertes Aufenthaltsrecht in Deutschland.

Die Roma sind überwiegend in verschiedenen Städten in NRW behördlich registriert und besitzen trotz teils über 10-jährigem Aufenthalt mit ihren Familien in Deutschland nur Bescheinigungen über ihre „Duldung“. Ein Bleiberecht erhielten sie trotz des langjährigen Aufenthalts nicht, weil sie mit einer „Duldung“ kein Arbeitgeber einstellen wollte, oder weil für sie – ebenso wie die jugoslawischen Flüchtlinge in Berlin – mit Hilfe der „Arbeitsmarktprüfung“ ein behördliches Arbeitsverbot verfügt wurde. Die Anforderungen der „Altfallregelung“ können sie deshalb nicht erfüllen.

(...) Der Flüchtlingsrat fordert aus Anlass der aktuellen Roma-Proteste Senat und Bundesregierung erneut auf, endlich eine wirksame Altfallregelung zu treffen, die geeignet ist, den Betroffenen eine Lebensperspektive zu geben.

Berlin, 9.6.02, Flüchtlingsrat Berlin, Georg Classen (gekürzt)

Nach ihrem Aufenthalt in Berlin fuhren rund 500 Roma weiter, um ihren Protest in Hannover, Münster, Bielefeld, Paderborn, im Ruhrgebiet und im Rheinland, in Frankfurt, in Süddeutschland und schließlich in Straßburg an die Öffentlichkeit zu tragen. – Wir dokumentieren einen Offenen Brief an Otto Schily, der auf der Kundgebung in Berlin verteilt wurde.

**C.I.A.E.Roma-Union e.V. Essen /NRW
Centre of Integration, Affirmation and
Emanzipation of the Roma inGermany***

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister Schily,

Am 5. und 6. Juni 2002 fand in Bremerhaven die Innenministerkonferenz von (IMK) Bund und Ländern statt. Hier wurde über die Zukunft der Roma aus Ex-Jugoslawien entschieden, von denen viele seit nun mehr als dreizehn Jahren in Deutschland leben.

Seit dem 27. April 2002 hatten ca. 500 Romafamilien zunächst in Essen im Stadtteil Schonnebeck ihre Zelte aufge-

schlagen, um gegen ihre Abschiebung nach Ex-Jugoslawien zu protestieren. Die Demonstration wurde in Bremerhaven fortgesetzt. Da die IMK jedoch kein Bleiberecht für die Roma beschlossen hat, demonstrierten sie am 10. und 11. Juni in Berlin und suchten den Kontakt zu den Fraktionen im Bundestag. Nun sind sie weiter auf dem Wege in andere Städte, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Die Rückkehr nach Ex-Jugoslawien wird für die Roma katastrophale Folgen haben.

Wenn die Roma nach Ex-Jugoslawien zurückkehren müssen, werden sie laut UNHCR, Schweizerischer Flüchtlingshilfe, Diakonischem Werk, Gesellschaft für bedrohte Völker und anderen Flüchtlings- und Hilfsorganisationen mit einem Leben unter menschenunwürdigen Zuständen und mit Angriffen aus der Bevölkerung zu rechnen haben. Die Situation der in Serbien, Montenegro und im Kosovo lebenden Roma ist unerträglich. Sie sind nicht nur polizeilichen Schikanierungen und Misshandlungen, sondern auch Übergriffen auf Leib und Leben von Seiten der Bevölkerung ausgesetzt. Zugang zu Wohnraum und zu sanitären Einrichtungen, Arbeit, Bildung und medizinischer Versorgung ist so gut wie ausgeschlossen. Außerdem sind Bewegungsfreiheit und Sicherheit nicht (!) gewährleistet. Die elenden Lebensbedingungen, der nicht vorhandene rechtliche Schutz sowie ihr fehlender Zugang zu sozialer Infrastruktur und zum Arbeitsmarkt grenzen sie aus diesen Gesellschaften aus. Roma sind in fast allen Bereichen des Lebens diskriminiert.

Die Roma, die Deutschland aufgenommen hat, haben sich in der langen Zeit ihrer Anwesenheit an die Lebensgewohnheiten angepasst. In dieser Zeit wurden Familien gegründet, Kinder haben sich integriert und deutsch als Muttersprache angenommen. Und jetzt werden sie ohne Vorwarnung in der Morgenstunde von der Polizei abgeholt, haben fünfzehn Minuten Zeit, um ihr Gepäck zu packen und werden dann in ein für ihre Kinder fremdes Land deportiert. Für viele alte Roma kommen so böse Erinnerungen an nicht lang vergangene Zeiten des Nationalsozialismus hoch.

Da die Roma jetzt von Abschiebungen bedroht sind, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihr existenzielles Anliegen nun auf die politische Bühne zu bringen. Bisher waren die Proteste der Roma äußerst friedlich. Als friedliebendes Volk sind die Roma gegen Fremdenfeindlichkeit und Rachsucht. Aber nun haben sie nichts mehr zu verlieren. Sie wollen nicht mehr, dass frei über sie bestimmt wird und for-

dern ihre Rechte ein. Abschiebungen sind menschenunwürdige Maßnahmen.

Seit Jahren leben Tausende Roma in der Bundesrepublik. Sie hatten ihr geregeltes Leben und hofften auf eine Zukunft. Werden sie abgeschoben, kommen sie in ein Land, das vom Krieg völlig zerstört ist (an dem Deutschland maßgeblich beteiligt war!). Dort werden sie am Rande der Gesellschaft leben. Sie können nicht in IHRE Heimat zurückkehren, weil sie keine haben, und weil keiner sie haben möchte!!

So wird nun auf politischer Ebene über ihr Köpfe hinweg entschieden, ohne Rücksicht auf die Menschen zu nehmen. Die jahrhundertlange Verfolgung und Vertreibung der Roma muss endlich ein Ende haben.

Sie haben keine Heimat und haben keine Lobby.

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister, die Roma in Deutschland fordern:

- Sofortiger Abschiebestopp!
- Alle Roma, die fünf Jahre in Deutschland sind, sollten ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten. Die Anderen brauchen eine mindestens dreijährige Chance, um sich produktiv für die deutsche Gesellschaft einzusetzen.
- Die Roma sollen an allen Entscheidungen, die in ihr Leben eingreifen, beteiligt werden.
- Roma-Kinder haben ein Recht auf Schulausbildung und sollen diese erhalten können.
- Hilfe beim Aufbau von Einrichtungen im Bereich der Kultur, der Sprache, Folklore sowie Sitten und Bräuchen der Roma.

Sehr geehrter Herr Schily,

gerade Deutschland, als Land der Täter, hat eine besondere Verpflichtung gegenüber den Opfern des Holocausts und den Angehörigen von Gruppen, die im Nationalsozialismus in ganz Europa verfolgt wurden. Ein Erinnern an die Vergangenheit verpflichtet für die Zukunft, die Überlebenden und deren Nachkommen zu unterstützen. Daher unser Appell an Sie:

Bitte schöpfen sie Ihren Entscheidungsspielraum und Ihre Einflussmöglichkeiten aus, um den Roma eine Zukunft und ein Leben in Frieden und Würde in der Bundesrepublik zu ermöglichen. (...)

* Sprecher: Dzoni Sichelschmidt; Wissenschaftliche Beratung: Angela Sichelschmidt; Uhlstr.64 50321 Brühl; Tel. 02232-411 606 ; mobil: 0178-2836880; e-Mail: Dsichelschmidt@t-online.de

Die C.I.A.E. Roma-Union e.V. Essen fordert auf, die Forderungen zu unterstützen, z.B. durch ein Fax an das Bundesinnenministerium: (0)1888-681-2926



Demonstration der Roma in Berlin. Quelle: www.umbruch-bildarchiv.de

Internationale Arbeitsorganisation (ILO) verlangt Sofortmaßnahmen für Palästina

Katastrophaler Niedergang

Anlässlich einer Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die vom 3. bis 20. Juni 2002 in Genf stattfindet, legte die UN-Organisation einen Bericht über die Lage der Menschen in den von Israel besetzten Gebieten vor. Der Generaldirektor der ILO, Juan Somavía, hat die internationale Gemeinschaft aufgefordert, für eine Öffnung der Grenzen zwischen Israel und den Palästinensergebieten, die Wiederbeschäftigung der Palästinenser in Israel sowie die Einbindung der Arbeitnehmer beider Seiten in den Friedensprozess einzutreten. Jede Konfliktlösung sollte auf Dialog basieren, durch den auch die Beschäftigten in den besetzten arabischen Gebieten und ihre Familien eine faire Anhörung erhielten, betonte der ILO-Chef in seinem Bericht für die Konferenz.

Einzelheiten aus dem Bericht: Der sozioökonomische Niedergang der besetzten palästinensischen Gebiete wird durch die tiefe humanitäre Krise weiter vorangetrieben, die palästinensische Familien derzeit durchlitten. Die „Weltgemeinschaft“ ist aufgerufen, Notmaßnahmen zu unterstützen, die Arbeitsplätze schaffen und einen sozialen Dialog zwischen Israelis und Palästinensern ermöglichen.

Eine ILO-Mission in der Region hatte festgestellt, dass die Grenzsicherungen und -kontrollen zwischen den besetzten Gebieten und Israel sowie den Nachbarländern zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen führen. So sanken die Löhne von in Israel arbeitenden Palästinensern im letzten Jahr um 46 Prozent. Im gleichen Zeitraum gingen die Einkünfte der palästinensischen Autonomiebehörde, die über einen Teil des Territoriums bestimmt, auf dem die Palästinenser einen eigenen Staat errichten wollen, um mehr als 70 Prozent zurück.

In dem Bericht werden die enormen Beschädigungen von Infrastruktur und Farmland infolge der eskalierenden Gewalt beklagt. Allein die Kosten für den Wiederaufbau der Gebäude und Infrastruktur im Westjordanland werden auf mindestens 432 Millionen US-Dollar geschätzt.

In den palästinensischen Gebieten ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um zwölf Prozent zurückgegangen und das Bruttonationalprodukt (GNI) – eine Kombination aus BIP und der im Ausland erzielten Einkünfte, wie sie die Palästinenser beispielsweise in Israel erwirtschaften – um 18,7 Prozent. Die ILO weist ferner darauf hin, dass der Anteil der Palästinenser, die von weniger als 2,1 Dollar pro Tag leben müssen, von 21 Prozent 1999 auf 33 Prozent 2000 und 46 Prozent 2001 gestiegen ist. In diesem Jahr

könnte sich der Anteil der Armen auf 62 Prozent erhöhen.

Der Krieg hat auch negative wirtschaftliche Auswirkungen für Israel. So sank das BIP im letzten Jahr um 0,5 Prozent, nachdem die Wirtschaft im Jahr zuvor ein 6,4-prozentiges Wachstum verbucht hatte. „Palästinenser und Israelis zahlen einen sehr hohen Preis für Besatzung und Gewalt“, heißt es in dem neuen ILO-Bericht.

Somavía ist davon überzeugt, dass eine graduelle Öffnung der Grenzen die verheerende humanitäre Lage der palästinensischen Arbeiter und ihrer Familien verbessern, die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten deutlich lindern und somit langfristig zu einer Entschärfung des Konflikts und der Wiederaufnahme von ernst gemeinten Friedensgesprächen führen würde.

Zusammenfassung nach: *junge welt*, 1.6. Quelle: www.friedensratschlag.de



Am 16. Juni hat Israel mit dem Bau eines sogenannten „Verteidigungswalls“ gegen palästinensische Terroranschläge auf israelischem Gebiet begonnen. Geplant ist eine 110 km lange Anlage, ein elektronischer Sperrzaun, der zusätzlich mit Kameras, Wachtürmen, Gräben und Hindernissen gesichert werden soll. Nach den Worten von Verteidigungsminister Ben-Elieser soll der Wall jedoch nicht die künftige politische Grenze zu den Palästinensergebieten markieren. Gegen den Baubeginn protestierten zum einen jüdische Siedler und rechtsgerichtete Gruppen, die befürchten, dass mit dem Wall Fakten für die Grenzziehung geschaffen würden. Zum anderen israelische Friedensgruppen, die palästinensische Autonomiebehörde sowie Vertreter der arabischen Minderheit in Israel. Der Wall führe zu weiteren Beschlagnahmungen arabischer Ländereien und isoliere arabisch-palästinensische Orte von ihren Nachbarn. Uri Avneri sagte, „der Schutzwall wird den Frieden nicht näher bringen; er ist keine Alternative zum Frieden. (...) Der Schutzwall wird das Gefängnis für die Palästinenser weiter befestigen.“

USA drohen mit Gewalt

Am 1. Juli tritt das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes in Kraft, ziemlich exakt drei Jahre, nachdem es von einer Konferenz von 120 Staaten angenommen worden war. Im April diesen Jahres hatten die erforderlichen 60 Staaten, sogar einige mehr, das Statut ratifiziert. Insgesamt 139 Staaten hatten den Vertrag zu diesem Zeitpunkt unterzeichnet. Mit der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes wird ein neues Kapitel im internationalen Recht aufgeschlagen. So könnte es jedenfalls sein.

Jedoch haben die USA dem Internationalen Strafgerichtshof den Kampf erklärt. Am 6. Mai zog die Regierung Bush die von seinem Vorgänger Clinton geleistete Unterschrift unter den Vertrag zurück. Einen solchen Schritt haben die USA in den über 220 Jahren ihrer Geschichte noch nicht getan, überhaupt ist eine solche Maßnahme in der Geschichte des internationalen Rechts bisher einmalig. Bush begründete die Annullierung der Unterzeichnung damit, dass die US-Regierung das Statut ohnehin nicht zur Ratifizierung an den Kongress weiterleiten wolle, es also ehrlicher sei, die Unterschrift gleich ganz zu löschen.

Jetzt sind die USA noch einen Schritt weitergegangen. Am 6. Juni hat der US-Senat mit 75 zu 19 Stimmen das sogenannte „American Service-members' Protection Act“ (ASAP) gebilligt, das am 24. Mai in ähnlicher, allerdings nicht ganz identischer Form bereits das Repräsentantenhaus passiert hatte. Das vom Senat gebilligte Gesetz ermächtigt den US-Präsidenten, alle Maßnahmen bis hin zur militärischen Invasion für den Fall zu ergreifen, dass einem US-Bürger oder einem Angehörigen eines alliierten Staates der Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof der Prozess gemacht wird. Außerdem verbietet der ASAP jede Zusammenarbeit mit dem Weltgerichtshof; mit dem Gesetz soll eine Beteiligung der USA an friedenssichernden Einsätzen der Vereinten Nationen so lange verhindert werden, bis die amerikanischen Soldaten von der Strafverfolgung durch den Weltgerichtshof ausgenommen sind. Eine frühere Fassung des Gesetzes, wonach die USA keine militärische Hilfe an die Staaten leisten, die den Vertrag ratifiziert haben, es sei denn, sie gehörten der Nato an oder seien wichtige Verbündete der USA, wurde etwas gelockert: Nun soll der Präsident die Entscheidung über weitere Ausnahmen treffen können.

Auch andere Staaten haben den Ver-

Der Internationale Strafgerichtshof

Vor dem Gerichtshof sollen nicht Staaten, sondern Einzelpersonen zur Verantwortung gezogen werden, und zwar für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord und für das Verbrechen der Aggression.

Völkermord wird anhand einer Liste von verbotenen Handlungen definiert, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Dazu zählen etwa die Tötung oder Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe.

Als *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* – Zuständigkeitskriterium ist die „ausgedehnte oder systematische“ Begehung solcher Verbrechen – gelten die vorsätzliche Tötung, Ausrottung, Versklavung, Vertreibung, Folter, Vergewaltigung, Nötigung zur Prostitution, Verfolgung aus politischen, nationalen, kulturellen etc. Gründen oder aus Gründen des Geschlechts sowie das zwangsweise Verschwindenlassen von Personen, wenn diese Handlungen im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung erfolgen.

trag bisher nicht unterzeichnet – wie China, Indien, Pakistan, Türkei – bzw. noch nicht ratifiziert, wie Russland, Israel. Es gehören keine hellseherischen Fähigkeiten dazu vorherzusagen, dass die Kampfansage der USA diese – und andere – Staaten darin bestärken wird, den Strafgerichtshof ebenfalls nicht anzuerkennen. Damit hätten sich nicht nur die größten Staaten der Welt der internationalen Strafgerichtsbarkeit entzogen. Auch wenn dieser seine Arbeit aufnimmt, was noch etwa ein Jahr dauern wird, hat er in den größten Krisenregionen der Welt mit Zulässigkeitsproblemen zu kämpfen. Weder für Afghanistan noch für Tschetschenien noch für den indisch-pakistanischen Konflikt noch für den israelisch-palästinensischen Bürgerkrieg noch für die Unterdrückung der Kurden durch die Türkei könnte er seine Zuständigkeit reklamieren.

Diese Probleme wären ausreichend, die Wirksamkeit des zukünftigen Internationalen Strafgerichtshofes auf lange Zeit zu unterhöhlen. Der schroffe Angriff der USA aber stellt ihn und damit die Etablierung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit für staatliche Verbrechen im Kern in Frage. Mit der Rücknahme der Unterschrift und der Drohung, gegebenenfalls auch mit Gewalt gegen US-Staatsbürger betreffende Maßnahmen des Gerichtshofes vorzugehen, erklärt

Kriegsverbrechen sind nach dem Statut schwere Verletzungen der Genfer Konventionen von 1949 sowie andere schwere Verletzungen des Kriegsvölkerrechts und -völkergewohnheitsrechts, das auf internationale bewaffnete Konflikte, aber auch auf bewaffnete Konflikte, die keinen internationalen Charakter haben, anwendbar ist.

Das Verbrechen der *Aggression* fällt ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich des Gerichtshofes, doch haben sich die Vertragsstaaten bisher nicht auf eine gemeinsame Definition des Begriffs Aggression einigen können.

Der Internationale Strafgerichtshof ist für die Verfolgung der genannten Verbrechen nur zuständig, wenn ein nationales Gericht nicht in der Lage oder nicht willens ist, selbst tätig zu werden. Die erste Priorität liegt daher stets bei den nationalen Gerichten.

Sodann kann der Weltgerichtshof nur dann Recht sprechen, wenn eine oder mehrere Parteien Vertragsstaat sind, wenn der Angeklagte Staatsbürger eines Vertragsstaates ist, wenn das Verbrechen auf dem Staatsgebiet eines Vertragsstaates begangen wurde oder wenn ein Staat, der den Vertrag nicht ratifiziert hat, die Zuständigkeit des Gerichtshofes für ein bestimmtes Verbrechen anerkennt. Außerdem kann der UN-Sicherheitsrat dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes die Kompetenz für ein Verfahren zuweisen.

Quelle: UNO-PM, UNIC/474, April 2002

die Weltmacht schlechthin, dass sie sich durch internationales Recht nicht gebunden fühlt. Die USA haben zur Zeit allein im „Krieg gegen den Terror“ 60.000 Soldaten außerhalb der USA stationiert. Sie nehmen für sich in Anspruch, zur Durchsetzung der eigenen Interessen in aller Welt zu intervenieren. De facto erklären sie mit ihrem Vorgehen gegen den Internationalen Strafgerichtshof Aggression, Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum legitimen Mittel ihrer Politik. Die jüngsten Enthüllungen über die Beteiligung von US-Soldaten an Massakern, Hinrichtungen und Folter in Afghanistan geben – sollten sie sich bestätigen – einen Vorgeschmack von der aus allen rechtlichen Bindungen ausbrechenden Gewalt.

Dass es überhaupt zur Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes kommt, ist vor allem dem Einsatz zahlreicher Nichtregierungsorganisationen in aller Welt zu verdanken. Ihre Anstrengungen haben in allen Erdteilen, auch in den USA selbst, eine starke öffentliche Meinung dafür geschaffen, dass kein Staat, keine Junta, keine Armee der Welt Menschenrechte ungestraft verletzen kann. Das lässt hoffen, dass die Auseinandersetzung darüber nicht verloren ist und dass es gelingen kann, die US-Regierung zu isolieren. scc



Rom: 40.000 demonstrierten gegen Hunger und Unterernährung

Anlässlich des Welternährungsgipfels der FAO demonstrierten am 8.6. 40.000 Menschen in Rom gegen Hunger und Unterernährung als Folge der ungehemmten Expansion der großen Konzerne. Ihre Parolen: Land und Würde! Nein zur Patentierung des Lebens! Das System hungert aus, die Solidarität speist. – Die FAO stellte auf ihrem Gipfel fest, dass ein vor fünf Jahren verabschiedetes Aktionsprogramm keine Wende gebracht hat. Tatsächlich haben die Patentierung von Saatgut und das Vordringen industrieller agroökonomischer Modelle durch die Konzerne den Hunger auf der Welt verschärft: 800 Millionen Menschen leiden an Unterernährung. Gegen die Bankrotterklärung der FAO mobilisierte ein breites Bündnis mit alternativen Konzepten. Neben den italienischen Organisatoren von der Bewegung der Social Foren über die Demokratische Linke und Rifondazione Comunista bis hin zu Bauern- und Umweltorganisationen beteiligten sich auch internationale Organisationen wie die Fisherfolk Federation aus Thailand und viele andere an der Demonstration und einem eigenen Forum. Hier wurde über alternative Wege zum Aufbau einer anderen Welt im agroökonomischen Bereich und über die Ursachen von Hunger und Mangelernährung informiert. (Bild: indonesische Bauern auf der Demonstration)

Tagelöhner besetzten Universität Sevilla

Über 450 Tagelöhnerinnen und Tagelöhner aus dem Erdbeeranbaugebiet in Huelva (Andalusien) besetzten am 10. Juni die Universität in Sevilla. Inzwischen hat die Polizei geräumt und zahlreiche Migranten festgenommen. Die Tagelöhner aus Nordafrika und dem Maghreb protestierten gegen ihre Arbeitsbedingungen, für die Regularisierung ihrer Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse sowie gegen das spanische Ausländerge-

setz. Seit die Regierung Arbeitsverträge mit verschiedenen osteuropäischen Ländern abschloss, sind die „Illegalen“ verdammt, nur noch an Feiertagen oder bei Engpässen auf den Erdbeerfeldern zu arbeiten. Sie bekommen keine Vorverträge, die ihnen eine eventuelle Regularisierung ermöglichen, ihr Pauschallohn liegt noch unter den Mindestlöhnen für Erntearbeiter, irgendwelche Sozialleistungen erhalten sie nicht. Die meisten leben in Hütten aus Plastik und Karton. Dazu sind sie ständigen Repressalien, Einschüchterungen, Abschiebungen ausgesetzt, obwohl die meisten seit Jahren auf den Erdbeerfeldern arbeiten, gemeinsam mit den Tagelöhnern aus Andalusien, die wie sie ein Mal im Jahr für einige Monate dorthin kommen. Die Saisonarbeiter aus Osteuropa, die gegen sie ausgespielt werden, leben kaum besser. Sie sind in Massenunterkünften zusammengepfercht und bekommen keinen Lohn für ihre Überstunden.

Deutsche Polizei am Plattensee

Wie bereits im vergangenen Jahr werden auch in diesem Sommer deutsche Polizisten an den Plattensee in Ungarn, einer Touristenhochburg mit zahlreichen Urlaubern aus der BRD, abkommandiert. Im letzten Jahr waren es 16 Beamte aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen, wie viele es in diesem Jahr sein werden, ist noch nicht klar. Sie sollen, so die offizielle Verlautbarung, „die Ordnung am Plattensee aufrecht (...) erhalten und Straftaten aufklären“. Ungarisch-Kenntnisse sind nicht vonnöten, da Deutsch seit einigen Jahren zum Unterrichtsfach an den Polizeischulen gehört.

Israelische Wirtschaft im Tief

Die Kriegspolitik Sharons führt dazu, dass die Wirtschaftstätigkeit in Israel auch im ersten Halbjahr 2002 weiter zurückgeht und den Anschluss an die Erholung der Weltwirtschaft verliert. Das Bruttosozialprodukt, 2001 um 2,2% geschrumpft, geht um mindestens 1% noch

einmal zurück. Die Investitionen, 2001 um 11% gesunken, sinken weiter. Die Einnahmen aus dem Tourismus haben sich fast halbiert, der Leiter der Tourismus-Industrie fürchtet, dass die Zahl der Touristen 2002 auf unter eine Million fallen wird, ein Rückgang auf den Stand von vor 30 Jahren. Die Tatsache, dass das Westnilfieber erstmals seit langem wieder in Israel auftritt, wirft ein Schlaglicht darauf, wie der Staat an allen Ecken und Ende die Mittel kürzt: Er hatte die für die Bekämpfung der Mücken notwendigen Gelder nicht bereitgestellt.

Türkei verschärft Mediengesetz

Anstatt das schon oft kritisierte Mediengesetz zu liberalisieren, hat das türkische Parlament jetzt eine verschärfte Fassung angenommen. Der Sicherheitsrat ist nun im audiovisuellen Komitee, der RTÜK, mit einem Mitglied vertreten, die Machtbefugnisse des RTÜK wurden erweitert und erstrecken sich jetzt auch auf das Internet. Die Sanktionen, die vom Senderverbot bis zur Zensur bestimmter Sendungen reichen können und die vom RTÜK gegen Fernseh- und Radiostationen und nun auch gegen Internetseiten verhängt werden können, wurden weiter verschärft. Die Höhe der bisher vom Pressegesetz vorgesehenen Geldstrafen wurde im Schnitt vertausendfacht. Wer „falsche oder verleumderische Informationen“ im Internet verbreitet, dem drohen Geldstrafen von bis zu 70.000 Euro.

Waffenlieferungen an Indien und Pakistan

Trotz der Kriegsgefahr rüsten die großen Waffenproduzenten Indien und Pakistan weiter auf. Die USA z.B., ein Hauptwaffenlieferant für Pakistan, verkaufte im April acht Radarsysteme an Indien; dieselben System waren 1996 und 1992 bereits an Pakistan verkauft worden. Frankreich, nach Russland zweitgrößter Lieferant für Indien, verkauft Mirage-Flugzeuge auch an den Gegner Pakistan. Auch Schweden beliefert beide Kontrahenten. Zur Zeit bereitet der schwedische Hersteller Bofors den Verkauf von Haubitzen für 2,2 Mrd. an Indien vor. Wie in Schweden wird auch in Großbritannien die Forderung nach einem Waffenembargo laut, vor allem seit bekannt wurde, dass Indien Jaguar-Bomber aus englischer Lizenzproduktion mit israelischer Hilfe zu Trägerwaffen für Atombomben umgerüstet hat. Blair setzt persönlich den Verkauf von Hawk-Trainingsflugzeugen an Indien durch. Die British Aerospace Systems (BAe), die das Geschäft macht, gehört zu den Sponsoren der Labour-Party; seit 1997 hat die Labour-Regierung von Blair mehr als 12 Mio. Pfund von Rüstungsunternehmen für Regierungsprojekte und politische Veranstaltungen angenommen.

Zusammenstellung: scc

MÜNSTER. Am 8. Juni demonstrierten die DKP Münster und das „Komitee für die Verteidigung von Slobodan Milosevic – Deutsche Sektion“ gegen die Verleihung des „Westfälischen Friedenspreises“ an Frau Carla Del Ponte in Münster/Westfalen. Dr. Dieter Keiner vom „Aktionsbündnis gegen den Krieg – Münster“ sagte in seiner Rede: „Die Preisverleihung selbst wird zu einer Marketing-Aktion in der Weise, dass von allen Inhalten, Problemen und Widersprüchen, die mit dem NATO-Krieg, mit Völkerrechtsfragen, mit dem Haager Tribunal, mit der Preisträgerin und mit Münster als Militärstadt zusammenhängen, abstrahiert wird. Die Politik dieser Stadt wie die Preisvergabe an Frau Del Ponte durch die „Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe e.V.“ steht damit in der Tradition der Manipulation der öffentlichen Meinung, mit der der NATO-Krieg von Beginn an in der BRD politisch begleitet wurde.“



www.arbeiterfotografie.com

Konferenzen der Friedensbewegung am 29./30. Juni und 6. Juli 2002

BIELEFELD. Vom 29. bis 30. Juni führt das Netzwerk Friedenskooperative im Bielefelder Jugendgästehaus, Herrmann-Kleinewächter-Str. 1, eine Strategiekonferenz „Nachhaltig gegen Krieg wirken – Perspektiven für die Friedensarbeit in Deutschland“ durch: Samstag 15.15 Uhr: Ein Problemaufriss zur Einführung: Stell Dir vor, sie machen Krieg, und nur wenige empören sich darüber oder die Frage nach der Möglichkeit, nachhaltig für Frieden zu wirken. 15.30–18.30 Uhr: Die psycho-soziale Situation der „Zivilgesellschaft“ und Motive der Rechtentwicklung in ihrer Bedeutung für die Friedensarbeit sowie: Friedensbewegungen als Teil der Protestkultur zwischen Verunsicherung, Aufbruchstimmung und Resignation – Berührungspunkte und Abgrenzungen zwischen den verschiedenen Protestbewegungen. 19.30–21 Uhr: Stärke aus der Vielfalt? Was trennt und vereint die verschiedenen Spektren der Friedens- und Anti-Kriegsbewegung? Sonntag 9 Uhr: Der feministisch-weibliche Blick: Ist die Friedensbewegung ein Männerbund? 9.30 Uhr: Vorschläge und Projekte aus der Friedensbewegung für nachhaltig mobilisierende Friedensarbeit und Aktionen. 10.30 Uhr: Beratung über wichtige, weiter zu verfolgende Arbeits- und Motivierungsansätze sowie Kooperation zwischen den aktiven Gruppen. 11.45–12.30 Uhr: Verabredungen und Versuch einer Zusammenfassung der Tagung. www.friedenskooperative.de.

KASSEL. Am Samstag, den 6. Juli, findet von 12–16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus eine Aktionskonferenz des Friedenspolitischen Ratschlags statt. 1) Die Aktionen der Friedensbewegung anlässlich des Bush-Besuchs: Erfolg, Defizite und Lehren. 2) Einladung zur Fortsetzung des bundesweiten Koordinierungskreises „Achse des Friedens“ auf noch breiterer Grundlage. 3) Den Widerstand gegen den drohenden Irak-Krieg organisieren z.B.: Unterschriftenkampagne (Wilhelmsbur-

ger Aufruf), Aktivitäten der Friedensbewegung zu den Bundestagswahlen.

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Clara-Immerwahr-Auszeichnung: Friedenspreis für Christa Lörcher

BERLIN. Christa Lörcher erhält am 30. Juni die Clara-Immerwahr-Auszeichnung der IPPNW. Als einzige der 294 SPD-Abgeordneten hat sie am 16. November 2001 gegen den Einsatz von 3900 deutschen Soldaten zur Unterstützung der USA im sogenannten Kampf gegen den Terror gestimmt – obwohl sie damit gleichzeitig gegen Bundeskanzler Gerhard Schröder und die Regierungsarbeit der SPD stimmen musste. Auf Druck der Genossen musste sie daraufhin die Fraktion verlassen. – Die Clara-Immerwahr-Auszeichnung wurde von der Sektion Deutschland der IPPNW geschaffen, um Personen zu würdigen und hervorzuheben, die sich in ihrem Beruf, an ihrem Arbeitsplatz ungeachtet persönlicher Nachteile aktiv gegen Krieg, Rüstung und gegen die anderen Bedrohungen für die Grundlagen menschlichen Lebens eingesetzt haben. Gleichzeitig sollen all



jene, die lebensfeindliche Folgen ihrer Arbeit erkennen, ermutigt werden, aus der Sprachlosigkeit herauszutreten und mitzuhelfen bei der Erhaltung unserer Welt. Der Name der Auszeichnung erinnert an die Chemikerin Clara Immerwahr (1870–1915 – siehe Bild), die sich als Ehefrau von Fritz Haber entschieden und mit höchstem persönlichen Einsatz gegen die Entwicklung und Anwendung von Giftgas verwehrte, welche ihr Mann vorantrieb. Sie nannte dies „eine Perversion der Wissenschaft“. www.ippnw.de

Appell an die Bundesregierung: Keinen Krieg gegen den Irak!

KASSEL. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat am 1. Juni beschlossen, sich dem „Wilhelmsburger Appell“ gegen einen drohenden Irak-Krieg anzuschließen und ihn – leicht abgeändert als „Appell an die Bundesregierung“ – der Friedensbewegung insgesamt als Grundlage für eine bundesweite Unterschriftenkampagne zu empfehlen. Darin heißt es u.a.:

„Bei einem neuen Krieg gegen den Irak geht es, unter welchem Vorwand er auch immer geführt wird, um die Vorherrschaft am Golf und den Zugriff auf billiges Öl. Ein solcher Krieg • kann den ganzen Nahen Osten zur Explosion bringen; • wird dazu beitragen, dass noch gigantischere Summen in die Aufrüstung fließen, und • wird den Hass schüren und die Gefahr weiterer, auch atomarer, Kriege heraufbeschwören. Und vor allem wird dieser Krieg Tausende unschuldiger Menschen das Leben kosten ... Wir appellieren deshalb in großer Sorge an die deutsche Bundesregierung: • Im Rahmen der UNO und gegenüber den USA alles zu tun, den drohenden Krieg noch zu verhindern! • Jede militärische, finanzielle und politische Unterstützung dieses Krieges zu unterlassen! • Alle deutschen Truppen aus der Krisenregion zurückzuziehen, insbesondere die ABC-Spürpanzer aus Kuwait und die Marineverbände aus der Golfregion und vor Afrika!“

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

GEW gegen rücksichtslose Lobby-Politik des „Netzwerks Familie“

MÜNCHEN. Als eine „gefährliche Mogelpackung“ hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Initiative des neu gegründeten „Netzwerks Familie“ bezeichnet; das bayerische „Netzwerk Familie“ (mit dem „Familienbund der Katholiken“ an der Spitze) hatte kürzlich mit einer Kundgebung für seine Forderung geworben, die bisher gewährten staatlichen Zuschüsse für Krippen und Kindergärten in ein „Erziehungsgeld“ umzuwandeln, das direkt an die Eltern – zur beliebigen Verwendung – ausbezahlt wird. Die Kehrseite des wohlfeilen „Erziehungsgeld“-Vorschlags (500 bis 1.000 Euro pro Kind und Monat) wäre nämlich: Die Elternbeiträge zu den Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen müssten um das Sechs- bis Siebenfache steigen; es würden dann nur noch Kinder in den Genuss dieser Einrichtungen kommen, deren Familien dies bezahlen könnten oder denen es die Kosten wert wäre; Alleinerziehende und Berufstätige wären die großen Verlierer. Der bayerische GEW-Landesvorsitzende Wiesmaier verweist demgegenüber auf den unverzichtbaren pädagogischen Auftrag der Kindertagesstätten: „Der Vorstoß des ‚Netzwerks Familie‘ sabotiert alle – bisher von einem weitgehenden gesellschaftlichen Konsens getragenen – Versuche, den Kindertagesstätten den ihnen zustehenden Stellenwert als familienergänzende Einrichtung zu verschaffen, welche Erziehung und Bildung bietet, die in der Familie immer weniger geleistet werden kann. Gerade die PISA-Diskussion lehrt uns, Bildungsprozesse von Anfang an ernst zu nehmen; das heißt aber auch: sie professionell begleiten zu lassen, verbunden mit Beratung und Hilfestellung für alle Familien. Konsequenz wäre daher die Beitragsfreiheit von Kindertagesstätten, um Bildungsangebote nicht schon an Geldbeutel oder Einstellung der Eltern scheitern zu lassen.“

6/2002 – www.bayern.gew.de

Kirchenasyl für den Schüler Schokli

BREMEN. Die Ev. Immanuel-Gemeinde teilt mit, dass sie seit 3. Juni dem zwanzigjährigen Schüler Schokli Al Zain Kirchenasyl gewährt. Er ist Kurde aus dem Libanon. Mit seiner Familie ist der damals Sechsjährige 1988 vor dem libanesischen Bürgerkrieg geflohen. Weder hat er je in der Türkei gewohnt noch spricht er die Sprache des Landes. Seinen Ausbildungsplatz hat der Hauptschüler, der jetzt seinen Realschulabschluss macht, verloren, nachdem sein Meister erfahren hatte, dass gegen ihn ein Ausweisungsverfahren läuft. Für sein Bleiben in Deutschland setzen sich ehemalige und jetzige Lehrkräfte von Schokli und deutsche Freunde und Nachbarn ein.

Pfarrer Sänger-Diestelmeier schreibt: „Die Ev. Immanuel-Gemeinde bittet den

Bremer Senat und insbesondere den Innensenator Kuno Böse, die Abschiebung von Schokli Al Zain im Hinblick auf das neue Zuwanderungsgesetz auszusetzen, das 2003 in Kraft treten soll. Nach diesem Gesetz könnten Schokli und viele gleichbetroffene Menschen mit ähnlicher Fluchtgeschichte als Härtefall anerkannt werden und ein Bleiberecht erhalten. Der Herr Innensenator wird als derzeitiger Vorsitzender der Innenministerkonferenz gebeten, im Vorgriff auf das Inkrafttreten des genannten Gesetzes einen Beschluss der Innenminister der Länder zur Härtefallregelung für libanesischen Kurden und vor allem für die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dieser Volksgruppe zu erwirken. Dies stünde Bremen als UNICEF-Partnerstadt gut zu Gesicht.“ www.libasoli.de

Nazikameradschaften kamen nicht durch – Köln stellt sich quer

KÖLN. „Köln stellt sich quer“: So nennt sich das Bündnis unterschiedlicher Organisationen, die das gemeinsame Ziel verbindet, nicht nur antifaschistische Politik zu propagieren, sondern auch zu versuchen, den diversen Neonazigruppierungen die Straße streitig zu machen. Das gelang in der Vergangenheit nicht immer – am 1. Juni jedoch machten die Demokraten ihrem Namen alle Ehre und stellten sich buchstäblich quer über die Adulthstraße – ein Aufmarsch von Nazikameradschaften scheiterte an der friedlichen Straßenblockade. Unterstützt von Anwohnern, die Nazisprechchöre und einen mitgeführten Barden mit ihren Anlagen übertönten, gelang es, die Nazis so

„Wir stehen mit dem Hotel- und Gaststättenverband NRW in enger Verbindung. Der Verband hat die Mitgliedsunternehmen sofort unterrichtet. Die Nazis täuschen sehr oft Gastwirte über ihre wahren Ziele“, berichtet PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen, Anmelder einer Gegendemonstration, und meint: „Wir werden einen Naziaufmarsch in Köln und Umgebung zu verhindern wissen.“

Lokalberichte Köln. www.pds-koeln.de

Antisemitismus mit öffentlichen Geldern? – Offener Brief der VVN

HANNOVER. In einem Offenen Brief an Bundesjustizministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin weist der Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Ulrich Sander auf „einen besonders eklatanten Fall von Antisemitismus“ hin, der möglicherweise vom Bundesamt für Verfassungsschutz finanziert worden sei.

Ulrich Sander erinnert daran, dass das vom Berliner Landgericht im Oktober 2001 verbotene antisemitische NPD-Plakat mit dem Spruch „Den Holocaust hat es nie gegeben“ unter presserechtlicher Verantwortung des damals noch aktiven V-Mannes des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Udo Holtmann, veröffentlicht wurde. Dieses Plakat werde u.a. in der Holocaustausstellung des Deutschen Historischen Museums als Beleg für antisemitische Entwicklungen in der Bundesrepublik angeführt. Das bedeute jedoch, so Sander, dass eines der dreitesten antisemitischen Plakate der letzten Jahre ausgerechnet von einem Mitarbeiter des dem Bundesinnenministerium unterstellten Verfassungsschutzamtes verantwortet wurde.

Mit Verweis darauf, dass „die verantwortungslose Verwendung von hochrangigen NPD-Funktionären als V-Männer“ bereits das NPD-Verbotsverfahren gefährdet habe, ist der Sprecher der VVN-BdA besorgt, dass auch Ausstellungen und Publikationen, die über Entwicklungen und Gefahren des Rechtsextremismus aufklären und Beispiele aus der NPD-Propaganda darstellen, „ins

Zwielicht geraten, wenn es sich dabei auch um von Regierungsstellen bezahlte und geduldete Propaganda handeln kann“. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Antisemitismus, „der auch etablierte politische Kräfte aus der Mitte erreicht“ habe, mache unnachlässigbares Handeln dringend notwendig. Es genüge nicht, sich von bestimmten Kräften in der FDP-Opposition zu distanzieren, wenn der Eindruck bestehen bleibe, auch regierungsamtliche Stellen seien „an der Förderung des Antisemitismus beteiligt“ gewesen. www.vvn-bda.de



lange aufzuhalten, bis die Zeit für die angemeldete Demonstration abgelaufen war und die meist kahlgeschorenen Provokateure von der Polizei zum Bahnhof zurück eskortiert wurden.

Am 29. Juni will der einschlägig bekannte Manfred Rouhs ein „Pressefest“ seiner Rechtspostille „Signal“ veranstalten, auf dem u.a. zwei Skinhead-Bands auftreten sollen. Das Verwaltungsgericht Köln hat zwar die Nichtvergabe des Heumarkts durch die Stadtverwaltung bestätigt, doch es ist zu befürchten, dass Rouhs jetzt eine Gaststätte anmietet.

Zwielicht geraten, wenn es sich dabei auch um von Regierungsstellen bezahlte und geduldete Propaganda handeln kann“. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Antisemitismus, „der auch etablierte politische Kräfte aus der Mitte erreicht“ habe, mache unnachlässigbares Handeln dringend notwendig. Es genüge nicht, sich von bestimmten Kräften in der FDP-Opposition zu distanzieren, wenn der Eindruck bestehen bleibe, auch regierungsamtliche Stellen seien „an der Förderung des Antisemitismus beteiligt“ gewesen. www.vvn-bda.de

Das Berufsbild der Ärzteschaft ist eng mit politischen, menschenrechtlichen Normen verwoben. Die Diskriminierung der Migrantinnen und Migranten durch Gesetz und Ermessen der Behörden ist so weit gediehen, dass einzelne Ärzte mit den politischen Vorgaben nicht mehr klarkommen und selbst die traditionell politisch eher konservativ eingestellten Berufsverbände nicht mehr schweigen.

Hamburg

Amtsärztinnen und -ärzte verweigern Gutachten im Dienste der Ausländerbehörde

HAMBURG. Im Dezember vorigen Jahres hatte die Hamburger Ausländerbehörde eine neue „Dienstanweisung zum Umgang mit ärztlichen Attesten“ erlassen, in der u.a. festgelegt ist, dass insbesondere bei psychischen und ähnlichen Erkrankungen – „da die Missbrauchgefahr durch einen unrichtigen Sachvortrag der Betroffenen besonders groß ist“ – neben den Amtsärzten auch „spezialisierte Fachärzte“ als Gutachter herangezogen werden. Die Ausländerbehörde mißtraut zunehmend ihren eigenen Ärztinnen und Ärzten und lässt deren Gutachten durch dritte, sog. „spezialisierte Fachärzte“, überprüfen. Inzwischen hat die Ausländerbehörde gegen einzelne Amtsärztinnen und -ärzte auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Gemäß der Senatsantwort einer kleinen Anfrage des GAL-Abgeordneten Manfred Mahr von Anfang

Juni haben neben dem Harburger Gesundheitsamt jetzt auch die Gesundheits- und Umweltämter der anderen Bezirke „die Durchführung von Begutachtung zur Feststellung der Reisefähigkeit ausreisepflichtiger Asylbewerber einstweilen zurückgestellt“. Vorangegangen war folgender Fall:

Am 28. März dieses Jahres durchsuchte die Staatsanwaltschaft im Auftrag des Hamburger Landgerichts (das Amtsgericht hatte die Durchsuchung zuvor abgelehnt) die Diensträume einer Ärztin des Harburger Gesundheitsamtes sowie deren Privatwohnung. Vorgeworfen wird ihr, „unrichtige Gesundheitszeugnisse“ ausgestellt und so „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz“ geleistet zu haben. Auch die Wohnung der betroffenen Patientin wurde mit der Begründung, sie habe die Ärztin zur Ausstellung

eines falschen Attestes angestiftet, durchsucht. Die Amtsärztin hatte der Jugoslawin, die abgeschoben werden sollte, eine psychische Störung attestiert. Die Durchsuchung erfolgte aufgrund zweier Zeugenaussagen: dem Ex-Ehemann der Patientin und eines Sozialamtsmitarbeiters, der Streit mit der Ärztin hatte. Um seine Mitarbeiter vor ähnlicher Verfolgung zu schützen, hat der Leiter des Harburger Gesundheitsamtes, Burkhardt Jaeschke, („... hundertprozentig überzeugt, dass meine Mitarbeiterin korrekt gehandelt hat“) daraufhin angeordnet, dass die Harburger Amtsärzte vorerst keine Flüchtlinge mehr begutachten.

Nach Mitteilung der Flüchtlingsberatungsstelle „Fluchtpunkt“ vom 31. Mai hat inzwischen eine der beiden für Abschiebungen zuständigen Ärztinnen der Ausländerbehörde den Dienst quitiert. Ihre Aufgabe war bzw. ist es, Atteste von Ärztinnen und Ärzten, die eine Abschiebung verhindern, nach Aktenlage ohne Untersuchung der betroffenen Patienten zu überprüfen. Die Ärztin, die die Ausländerbehörde jetzt verlassen hat, kam, laut Anne Harms von „Fluchtpunkt“, „offensichtlich mit den politischen Vorgaben aus berufsethischen Gründen nicht mehr klar“.

(Lokalberichte Hamburg 12/02, bab)

**Gemeinsame Plattform der Büros für medizinische Flüchtlingshilfen in der BRD
Beschlissen auf dem bundesweiten Treffen vom 4. bis 5. Mai 2002 in Berlin**

Basis unserer Arbeit ist die Forderung nach einer Gleichbehandlung aller Menschen. Dazu gehört für uns insbesondere ein für alle gleicher Zugang zu medizinischer und psychosozialer Versorgung unabhängig von sozialen Status, Aufenthaltstitel, ethnischer Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung.

Ziel unserer Arbeit ist die Sicherung der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge, Illegalisierten, MigrantInnen und Papierlose. Die gegenwärtige Situation, in der Papierlose aus allen Institutionen der Gesundheitsversorgung völlig herausfallen und Asylsuchenden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nur eine eingeschränkte Behandlung gewährt wird, ist untragbar. Das Engagement einzelner ÄrztInnen, welche Aufrufen der Ärztekammern folgen und papierlose Menschen kostenlos behandeln, ist lobenswert. Sie kann aber keine Dauerlösung sein, genauso wenig wie die ehrenamtliche Arbeit der verschiedenen medizinischen Flüchtlingshilfen, welche Anlaufstellen sind, an ÄrztInnen vermitteln und bei Krankenhausaufenthalten improvisiert agieren. Aus unserer konkreten Vermittlungs- und Beratungsarbeit heraus ergibt sich daher eine Reihe von Schlussfolgerungen:

Wir fordern die Integration der medizinischen Versorgung von Illegalisierten in das reguläre Gesundheitssystem. Lösungsvorschläge wie die Einrichtung eines Armutsfonds, von Kontingentbetten

oder den Verweis auf Obdachlosenambulanzen lehnen wir ab.

Wir fordern außerdem, dass eine medizinische Behandlung für Papierlose keine Konsequenzen für den Aufenthalt nach sich ziehen und nicht zu einer Abschiebung führen darf. In der gegenwärtigen Rechtslage riskieren Papierlose, wenn sie das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen, verhaftet und abgeschoben zu werden. Theoretisch ist auch für Illegalisierte zumindest die eingeschränkte medizinische Versorgung nach AsylbLG gewährleistet. De facto besteht diese Möglichkeit jedoch nicht, da alle Sozialbehörden verpflichtet sind, die Daten der Illegalisierten unverzüglich an die Ausländerbehörden zu weiterzugeben, so dass mit einer Abschiebung zu rechnen ist. Diese Meldepflichten nach dem Ausländergesetz stehen dem Recht auf Gesundheitsversorgung für alle im Wege. Darüber hinaus bedarf es einer Rechtsicherheit für alle UnterstützerInnen. Flüchtlinge, die einen Status haben und nach dem AsylbLG (unter-)versorgt werden, wird nur eine äußerst eingeschränkte medizinische Versorgung zugestanden. Eine Kostenübernahme beschränkt sich nur auf akute Krankheiten und Schmerzzustände und widerspricht zudem jeden Präventionsgedanken. Wir lehnen jede Einschränkung der medizinischen Gesundheitsversorgung ab und fordern daher die Abschaffung aller ausländerrechtlichen Sondergesetze. www.contrast.org/borders/kein

Ein Artikel aus der Ärztezeitung Nr. 106

Vor der Abschiebung nur ein Check nach Aktenlage

Von Florian Staack

FRANKFURT A.M. Zwischen der Landesärztekammer Hessen und dem Landesinnenministerium gibt es Streit über die ärztliche Begutachtung von Asylbewerbern, die abgeschoben werden sollen.

Vor einigen Wochen hat das hessische Innenministerium die Ausländerämter angewiesen, nur noch „Schnellgutachten“ bei Ärzten zu bestellen, die Auskunft über die Reisetauglichkeit eines Asylbewerbers geben sollen. Ärzte argwöhnen nun, auf diese Weise könnten gesundheitliche Einschränkungen, die eine Abschiebung unmöglich machen, nicht mehr berücksichtigt werden.

In der Vergangenheit haben beauftragte Ärzte die Betroffenen ausführlich untersucht. Das sei unnötig, meint Michael Bußer, Pressesprecher im hessischen Innenministerium. „Die Prüfung des Gesundheitszustandes ist bereits bei der Entscheidung über die Abschiebung vom Gericht oder vom Ausländeramt berücksichtigt worden.“ Bislang sei aus den Gutachten, die ein Ausländeramt angefordert habe, oft nur schwer herauszulesen gewesen, ob der Betreffende

reisefähig ist oder nicht. „Von ganzheitlichen Gutachten, von denen die Landesärztekammer Hessen spricht, steht im Gesetz nichts“, sagte Bußer der „Ärzte Zeitung“.

Diese Aussage will Dr. Michael Popovic, Hauptgeschäftsführer der Landesärztekammer Hessen, nicht stehen lassen. „Ein Arzt kann einen Patienten nicht allein nach Aktenlage beurteilen, sondern muss ihn auch untersuchen. Alles andere ist ein Verstoß gegen die ärztliche Sorgfaltspflicht“, sagt Popovic. Der Hauptgeschäftsführer verweist auf einen Beschluss des Präsidiums der Landesärztekammer vom April 2000. Darin sind die Verhaltensgrundsätze für Ärzte bei der Prüfung der Reisefähigkeit von Ausländern festgehalten, die abgeschoben werden sollen. Dort heißt es unter anderem: „Die ärztliche Beurteilung und Begutachtung (...) hat sich ausschließlich auf ärztliche Aspekte zu beschränken. Politische oder juristische Aspekte hat der Arzt nicht zu beurteilen“.

Genau dies aber ist aus Sicht der Landesärztekammer nicht mehr gewährleistet, wenn nur noch Gutachten angefordert werden, die ein „Ja“ oder „Nein“ beim Arzt abfragen. Popovic betont, der Beschluss der Landesärztekammer sei für alle Mediziner in Hessen bindend: „Alle Ärzte, auch die beamteten, unterliegen den Bestimmungen des Berufsrechts und haben sich nach diesen zu richten, auch wenn die Berufsaufsicht der Ärztekammer hinter das Disziplinarrecht des Beamten zurücktritt.“

Verquere Welt: Angenommen sei, dass ein verbeamteter Arzt ein „Schnellgutachten“ in der vom Ausländeramt gewünschten Weise anfertigt – und damit gegen seine Berufspflicht verstößt. In diesem Fall müsste die Landesärztekammer den Dienstherrn, wie zum Beispiel das Sozialministerium, bitten, gegen den Mediziner disziplinarisch vorzugehen. So weit will es Popovic gar nicht kommen lassen. Gegebenenfalls müsse der Konflikt zwischen Disziplinar- und Berufsrecht eines Arztes im Beamtenstatus „durch die Rechtssprechung aufgelöst werden“.

Änderungsbedarf an dem vor zwei Jahren getroffenen Beschluss der Landesärztekammer sieht der Hauptgeschäftsführer nicht: „Maßgeblich bei der ärztlichen Prüfung ist der Gesundheitszustand eines Flüchtlings unter Berücksichtigung der medizinischen Versorgungsmöglichkeiten in dem Land, in das er abgeschoben werden soll.“ Nur so könne beurteilt werden, ob ein Flüchtling durch die Abschiebung gesundheitlich Schaden nimmt, erläutert Popovic.

Das hessische Innenministerium hat weitere Gespräche mit der Ärztekammer über diese Frage angekündigt. Ziel sei es, so Pressesprecher Bußer, die Umsetzung „des geltenden Rechts transparenter zu machen“.

Ärztezeitung Nr. 106 vom 11. Juni 1002
www.aerztezeitung.de

Ein Demo-Berichte von Petra Welzel, www.verdi.de

Die ver.di-Gesundheitsreform ist auf dem Weg

Mit Bannern, Bier, Bratwurst und Anti-Spalttablette haben in Hannover zehntausend ver.di-Mitglieder die Aktionswoche zur Gesundheitskampagne ins Rollen gebracht.

„Selbst Petrus ist mit den Arbeitgebern!“, ahnt Hermann Schulze, 72 Jahre. Über Hannover hängen fette Wolken, die Luft ist etwa so schwül und feucht wie in Südkorea, wo sich gerade die deutsche Fußball-Nationalmannschaft mit 1:0 ins Viertelfinale geschossen hat.

Jetzt, am Mittag mitteleuropäischer Zeit, zur Auftaktdemonstration der Aktionswoche im Rahmen der ver.di-Gesundheitskampagne, ist der IG-Metaller und ehemalige Dreher mit einem Kollegen und rund 50 ver.di-Mitgliedern aus Lüneburg im Bus angerollt, um den Schritt in eine Zweiklassenmedizin in der Bundesrepublik zu verhindern. Mit über 70 Jahren ist man nicht mehr so fit wie die etlichen jungen Menschen im Demonstrationszug um ihn herum. Die Arztbesuche mehren sich, die Rezepte auch.

Sollten Stoibers CDU/CSU und Westerwelles FDP die kommende Bundestagswahl gewinnen und die Leistungen der Krankenkassen in Grund- und Wahlleistungen aufsplittern, griffen sie damit empfindlich in seine Geldbörse: Zuzahlungen für Medikamente und eventuelle operative Eingriffe würden zur Regel. Dabei reichen die 1.220 Euro, von denen er und seine Frau leben, gerade so.

Der leichte Regen, der am Engelborster Damm auf dem Weg von den Herrenhäuser Gärten zum Kundgebungsplatz auf den Demonstrationszug tröpfelt, lässt sich von ordentlichen Windböen wegblasen. „Ich wollte auch mal sehen, was sich so verändert hat, seit es ver.di gibt“, sagt Hermann Schulze und hofft, dass es nicht mehr allzu weit ist bis zum Sammelpunkt vor der Oper.

Seine Wangen sind rosig, die Luft macht das Laufen beschwerlich. „Dahmals, 1983, als wir nach Bonn für die 35-Stunden-Woche gefahren sind“, erzählt er mit tiefen Atemzügen, „da hat es in Strömen gegossen, und wir sind Baden gegangen.“

Aus der verkürzten Wochenarbeitszeit wurde bekanntlich nichts. Und Petrus vertraut er seither auch nicht mehr.

Doch der ist diesmal mit ihm und den zehntausend Anderen, die sich durch die Innenstadt am Hauptbahnhof vorbei im Spielstraßentempo zum Opernplatz bewegen. Seine Schleusen hat Petrus in den frühen Morgenstunden geöffnet. Jetzt zieht er sogar von Zeit zu Zeit die grauen Vorhänge auf und überlässt der Sonne den Auftritt.

ver.di bekommt ein Gesicht

Zwei kleine Jungs, die ganz vorne mit marschieren und unaufhörlich in ihre

Trillerpfeifen pusten, wissen noch nicht so genau, warum sie dabei sind. „Da muss ich erst mal Tante Steffi fragen“, sagt einer von ihnen und verschwindet blitzschnell in der Menge.

Silvia Klein, 24, Studentin der Gesundheitswissenschaft, und Anja Keuchelt, 32, früher Krankenschwester und heute Jugendsekretärin bei ver.di in Hamburg, wissen ganz genau, warum sie hier sind und ver.di-Fahnen schwingen. „Endlich bewegt sich was“, sagt Anja: „Hier wird ein Thema hochgezogen, das alle bei ver.di betrifft. Das ist es doch, wofür ver.di letztes Jahr angetreten ist. Etwas über die Grenzen dessen, was der Einzelne ist und macht, hinaus für eine Sache zu vereinen. Jetzt bekommt ver.di ein Gesicht!“ Silvia stimmt ihr zu, nur denkt sie, dass der Termin unglücklich gewählt ist. Nicht allein wegen der Fußball-WM. Die entscheidenden 15 Minuten in der zweiten Halbzeit heute hat der ganze Bus während der „Pinkelpause“ in der Raststätte Allertal gesehen. „Aber ver.di führt momentan in fast allen Branchen Tarifverhandlungen, in vielen Bereichen wird demonstriert oder auch gestreikt. Da kommen die nicht auch noch alle nach Hannover. Irgendwann ist die Luft raus“, sagt Silvia.

Immer wieder schweift ihr Blick zu den Straßenrändern, wo Hannoveranerinnen und Hannoveraner mit ihren Wochenendeinkäufen in der Hand stehen bleiben. Sie streicht sich eine widerspenstige dunkle Strähne aus den Augen und guckt Anja an: „Das nächste Mal müssen wir unbedingt Flyer und Plakate mitnehmen. Die könnten wir hier jetzt an alle verteilen, damit die wissen, wer wir sind und was wir wollen.“

Anja schiebt ihre Sonnenbrille ins kurze blonde Haar, blickt sich einmal um und antwortet: „Jetzt schauen wir erst mal genau, was nötig ist, und beim nächsten Mal stecken wir das entsprechende Infomaterial ein.“

Nicht nur in der eigenen Soße schwimmen

Ein paar Meter weiter vorne rollt auf einem Skateboard eine riesige Spalttablette von attac: „Gegen die Spaltung des Gesundheitssystem“ steht auf einer Seite. Die Bewegung der Globalisierungskritiker hat sich für eine gesunde Reform des Gesundheitswesens der Kampagne der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft angeschlossen und in den niedersächsischen Ortsgruppen für diese Demonstration mobilisiert.

Anja findet das gut, „damit wir nicht nur in der eigenen Soße schwimmen“. Das gibt ihr und Silvia das Gefühl, dass da im Bundesvorstand von ver.di Leute sitzen, die es tatsächlich ernst meinen, politisch etwas bewegen und nicht nur ihre Macht erhalten wollen.

Der Bundesvorstand läuft schon seit

→ einer Stunde in der Person des Vorsitzenden Frank Bsirske weiter hinten mit. Die Wucht der Masse lässt den Bewegungsmelder eines geschlossenen Bistros tillen und die Alarmsirene losheulen. „ver.di-Demonstranten plündern!“, das wäre ein gefundenes Fressen für die Medien. Aber nur ein Mann schert aus, zur anderen Straßenseite, und bleibt begeistert einen kurzen Moment vor einem Schaufenster mit Spielzeugeisenbahnen stehen.

An der nächsten Kreuzung, unweit des Endpunkts, hält ein verwirrter Drogenabhängiger seine Hand auf und murmelt Unverständliches. Zwischen Opernplatz und Steintor haben Dutzende Selbsthilfegruppen für Abhängige und andere Kranke Informationsstände aufgebaut.

Auf dem Opernplatz selbst hat sich ein anderer junger Mann unter den zehntausend Demonstranten einen persönlichen Quadratmeter aus den Klamotten abgesteckt, derer er sich nach und nach entledigt hat. Jetzt streunt er zwischen allen herum. Und wirkt irgendwie integriert.

Mit ver.di im Doppelpass

Auf der Bühne hat bereits Hartmut Meine von der IG Metall Sachsen-Anhalt das Wort ergriffen: „Abseits ist nicht nur beim Fußball falsch. Auch wir dürfen bei einer Gesundheitsreform nicht im Abseits stehen. Wir müssen stürmen, mit ver.di im Doppelpass.“

Alle Redner werden auf der großen Bühne und der noch größeren Leinwand daneben noch einmal das ABC der Gesundheitsreform, wie sie sich ver.di und alle anderen hier vorstellen, buchstabieren. Die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems, die Senkung der explodierten Kosten durch gezielte Behandlungen, qualifiziertes Personal und gute Ausbildung, die Beschränkung auf wirksame und kostengünstige Medikamente, die frühzeitige Vorbeugung, kurzum den Weg zur Gesundheit für alle.

Frank Bsirske wird sagen: „Gesundheit darf nicht vom Einkommen abhängig sein. Die Jungen zahlen für die Alten, weil auch sie krank werden können. Die Gesunden zahlen für die Kranken, weil auch sie krank werden können. Die Singles zahlen für die Alleinerziehenden und die Familien. Solidarität ist die Stärke unseres Gesundheitssystems. Das ist nicht überall auf der Welt so.“

Diesmal schluckt der stürmische Wind das zustimmende Pfeifen. Nur die Fahnen stehen stramm in ihm wie ein Segel in steifer Brise. Kinder springen johlend in der riesigen schwankenden Hüpfburg. Oder versuchen sich im Jonglieren mit Kegeln und Reifen. Bier, Bratwurst, Erbsensuppe, Döner und Ayran finden bei den meisten, die seit den frühen Morgenstunden unterwegs sind, reißenden Absatz.

Richtig gesund versorgt sich ein Pärchen auf den Stufen zur Oper, mit Rohkost aus der Tupperdose. Bei der Prävention ist die Gesundheitsreform eigentlich nicht mehr aufzuhalten. •

Keine Olympiabewerbung: FRANKFURT A.M. In einem Appell von Einzelpersonen an die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat wird die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 kritisiert. „Die verheerende Finanzlage unserer Stadt ist bekannt. Die Steuereinnahmen sinken ... Die Kämmererschulden (ohne Schulden der Eigenbetriebe) betragen rund 2,1 Mrd. Euro. In Frankfurt müssten einige hundert Kleingärten aufgegeben, das neu gebaute Messeparkhaus abgerissen werden. Die Investitionen für die dauerhafte Olympiainfrastruktur würden bereits nach dem Preisniveau von 2001 1,3 Mrd. Euro kosten ... Die Erfordernisse einer kommunalen Zukunftssicherung sind auf anderen Feldern zu finden: Sie müssen auf eine solide soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle, aber nicht zuletzt auch den Breitensport der Schulen und Vereine fördernde Haushaltspolitik gerichtet sein ...“

Frankfurter Info 12

Gegen Verkauf an Trienekens: ESSEN. Die PDS-Gruppe im Rat lehnt einen Verkauf von Anteilen der EBE an die Firma Trienekens ab. „Es kann nicht angehen, dass die Stadt Essen sich ausgerechnet der Firma an den Hals wirft, die in der letzten Zeit vor allem durch Korruptionsaffären bekannt wurde. Daran ändert auch die geplante Übernahme von Trienekens durch die RWE Umwelt AG nichts. Der RWE-Konzern war auch vorher schon an Trienekens beteiligt. Das Müll-Monopol, an dem das RWE seit langem ‚bastelt‘, wird durch die Übernahme nur noch direkter wirken.“ An Rhein und Ruhr haben Trienekens und das RWE je nach Berechnungsart zwischen 36 und 41 Prozent der Müllentsorgung in der Hand. Auch die Essener Abfallversorgung wäre mit einem Einstieg von Trienekens bzw. der RWE Umwelt AG bei der EBE fast vollständig in der Hand des RWE. Der von Bochum, Wuppertal, Remscheid und anderen Städten gebildete kommunale Zweckverband EcoCity zeigt Wege in der Abfallentsorgung jenseits der Privatisierung. Sie sollten geprüft werden.“

www.pds.essen-im-rat.de

Straßenbenennung nach Gustav Landauer: MÜNCHEN. Am 6. Juni hat der Kommunalausschuss der Landeshauptstadt München beschlossen, u.a. Straßen nach Felix Fechenbach, Rosa Aschenbrenner und Gustav Landauer zu benennen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste, Siegfried Benker: „Wir begrüßen, dass Straßen endlich auch nach Persönlichkeiten aus der Arbeiterbewegung benannt werden. Gustav Landauer war die herausragende Persönlichkeit des deutschen gewaltfreien Anarchismus ... 1919 wurde er Kultus-

minister der anarchistischen Räterepublik in Bayern – und damit der erste Kultusminister des Freistaates. Beim Einmarsch der Reichstruppen wurde Gustav Landauer am 2. Mai 1919 in München Stadelheim bestialisch ermordet. 1933 öffneten die Nationalsozialisten sein Grab, sowie das Grab Kurt Eisners und warfen die sterblichen Überreste dieser beiden Sozialisten in ein gemeinsames Grab auf dem jüdischen Friedhof im Münchner Norden. Gustav Landauer gehört zu den vergessenen Vordenkern eines anderen Lebens. Eine Straße in München nach ihm zu benennen war überfällig. Besonders gefreut hätte diesen überzeugten Pazifisten und Antimilitaristen sicherlich, dass seine Straße jetzt auf einem für immer umgewidmeten ehemaligen militärischen Gelände liegt.“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Ausbau der Ganztagsbetreuung: FREIBURG. Der Deutsche Städtetag hat sich für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Vorschulalter ausgesprochen. „Allerdings sind dafür nicht nur die Kommunen allein zuständig, sondern Staat und Gesellschaft insgesamt.“ Neben Bund und Ländern müssten sich auch Arbeitgeber und Schulen an dieser Aufgabe beteiligen. Die Finanzierung der Kinderbetreuung müsse zwischen Bund, Ländern und Kommunen dringend neu geordnet werden. Eine weitere Ausweitung des bisher schon unverhältnismäßig überdehnten Auftrags der Kinder- und Jugendhilfe auf umfassendere Erziehungs- und Bildungsangebote können die Kommunen nicht bewältigen.

Schon der vom Bund den Kommunen auferlegte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz habe die Städte überlastet. Allein die Tatsache, dass die Gesamtbetriebskosten bei den Kindertageseinrichtungen ein Niveau von jährlich rund 13 Milliarden Euro erreicht haben, mache deutlich, dass Bund und Länder ihre Mitverantwortung auf die kommunale Ebene abgeladen hätten.

Nach neuesten Berechnungen des Städtetages sind für einen Ausbau der Kinderbetreuung in den alten Bundesländern Investitionen von rund 8,5 Milliarden Euro notwendig, für die Sanierung vorhandener Kindergartenplätze in den neuen Bundesländern müssten rund 1,2 Milliarden Euro aufgewandt werden. Hinzu kämen jährliche Betriebskostensteigerungen in Höhe von rund 4 Milliarden Euro. Derzeit gibt es für Kinder unter drei Jahren in den alten Bundesländern Betreuungsmöglichkeiten außerhalb der Familie für lediglich 2,8 Prozent der Kinder, in den neuen Ländern für 36,3 Prozent.

www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj

Baugewerbe:

98,63 Prozent für Streik – 8 000 beteiligen sich am ersten Streiktag



Nachdem sich eine beachtliche Mehrheit von fast 99 Prozent der an der Urabstimmung beteiligten Gewerkschafter der IG BAU für einen Arbeitskampf entschieden hatten, streikten am Montag bundesweit fast 8.000 Baubeschäftigte. Bereits am vorletzten Freitag nahmen mehr als 40.000 Bauarbeiter und Angestellte an einem Warnstreik teil. Danach war zwar klar, dass die notwendige Mehrheit bei der Urabstimmung erreicht wird, jedoch nicht unbedingt in dieser beeindruckenden Eindeutigkeit. Ein Drittel der rund 300.000 Gewerkschaftsmitglieder (bei rund 900.000 Baubeschäftigten) beteiligte sich an der Urabstimmung, was aufgrund der schwierigen Strukturen auf dem Bau eine gute Mobilisierung und logistische Leistung darstellt. Der Streik ist auf Baustellen u.a. in Berlin, Hamburg, Magdeburg und dem Ruhrgebiet gut angelaufen und soll schrittweise erweitert werden. Die IG BAU berichtet über eine hohe Resonanz. Ganze Belegschaften melden sich bei den Zentralen streikbereit und auch viele nichtorganisierte Bauarbeiter bekunden ihre Bereitschaft zu streiken und/oder treten in die Gewerkschaft ein.

Das alles kommt nicht von ungefähr. Denn nachdem die Bauarbeiter in den letzten zehn Jahren ohnmächtig mit ansehen mussten, wie vor allem die großen

Baukonzerne ihre Arbeit schrittweise wie Dreck entwerteten und ein enthemmter Unternehmermob ihre Rechte aushöhlte und auf ihrer Würde herumtrampelte, ist das Fass in dieser Tarifrunde übergelaufen. Die Baukapitalisten haben provokativ spät erst in der zweiten Schlichtungs(!)runde ein Prozentangebot von drei Prozent ab dem 1.10.2002 statt ab dem 1.4.2002 vorgelegt. Das ergibt real auf das ganze Jahr bezogen nur 1,75 Prozent. Die IG BAU fordert 4,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Ferner sollen die Mindestlöhne in Ostdeutschland nicht erhöht werden und eine Einmalzahlung von 100 Euro nur für die Westbeschäftigten gelten. Das ungleiche Lohngefälle, Quelle für innerdeutsche Dumpingpreise, soll auf lange Sicht zementiert werden, zumal im Gespräch ist, die Facharbeiterereignungen der DDR-Bauberufsabschlüsse nicht mehr anzuerkennen. Zusätzlich schürte die in einer Lohnrunde überhaupt nicht zur Debatte stehende Aufkündigung der Rahmentarifverträge mit all seinen katastrophalen Folgen (s. auch PB 8/02) helle Empörung unter den Bauarbeitern.

Auch die IG BAU hat erkannt, dass sie diesmal energisch gegen das unter den Baubeschäftigten sorgfältig gepflegte Urteil von der Gewerkschaft, die eh nie kämpft, angehen muss. Denn die Angrif-

fe der Kapitalisten richten sich diesmal nicht nur gegen ein Mindestmaß an lebenswertem Leben und die Existenz der Bauarbeiter, sondern auch direkt gegen ihre Gewerkschaft. Es ist auch der Versuch die IG BAU zu diskreditieren, zu demütigen und letztlich zu zerstören, um freie Bahn für die Abwälzung der Krise am Bau durch immer üblere Ausbeutungspraktiken zu bekommen. Insofern hat dieser Streik direkte Bedeutung für die anderen Gewerkschaften.

Aber auch wenn das Arbeitgeberlager anscheinend überrascht über die Kampfkraft der IG BAU reagiert und Gespräche angeboten hat, ist ein Erfolg nicht zwingend. So wird es ein Problem werden, dass in Ostdeutschland nur 25 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind, während es im Westen rund 50 Prozent sind. Dementsprechend läuft die Mobilisierung leider im Osten nicht so gut wie im Westen. Auch der scheinbar die Kapitalseite schwächende, vordergründige Konflikt zwischen Ost- und Westarbeitgebern stellt sich anders dar, wenn klar ist, dass es Westkonzerne waren, die mit Billiglohn und starker Kapitaldeckung den ostdeutschen Markt systematisch aufge-
rollt und demoliert haben. Sie waren es, die mittels ihrer marktstarken Stellung, ihren Strukturen, Verbindungen und Möglichkeiten den massiven Einsatz von Billiglohn erst flächendeckend etablieren konnten, und die langfristig den niedrigen ostdeutschen Lohnstandard bundesweit einführen wollen. Deswegen besteht nicht nur bei Ostfirmen kein Interesse an gleichen Standards in Ost und West.

Eine entscheidende Rolle spielt auch die positive Miteinbeziehung der Arbeiter aus den anderen Ländern, die hier brutal ausgeplündert werden. Es ist zu hoffen, dass die Ankündigung von Funktionären der IG BAU, diese mithilfe von Dolmetschern behutsam zur Solidarität aufzufordern, mit der gebotenen Sensibilität ausgeführt wird. Schließlich ist es, trotz der unangenehmen Beteiligung der IG BAU an der Jagd auf sog. Illegale und einzelner rassistischer Äußerungen, bisher eine große Leistung aller Bauarbeiter gewesen, integrativ und solidarisch mit vielen Nationalitäten zusammenzuarbeiten. Der Streik könnte das fördern und umgekehrt das den Streik fördern, wenn es geschickt angegangen wird. (tja)

IG Bauen-Agrar-Umwelt

<http://www.igbau.de/>

- Streikauftakt am 17. Juni 2002 mi



IG BAU gewinnt
Urabstimmung mit
98,63 Prozent

Jetzt gehts los! Am
Montag, 17. Juni 2002,
hat der erste
Flächenstreik am Bau
begonnen.

Wir über uns

Mitgliederservice
Gesellschaft

Urlaubsbörse
Erholungswerk-online

Bildungsstätte
Steinbach

Einer von uns
im Bundestag



www.igbau.de – 18.06.2002. Arbeitskampf im Baugewerbe am Dienstag fortgesetzt. IG BAU: „Streikende stehen fest zu ihrer Gewerkschaft“ – Der Arbeitskampf der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) im Baugewerbe ist heute Morgen (Dienstag, 18.06.2002) zum Schichtbeginn fortgesetzt worden. „Am zweiten Streiktag wird der Arbeitskampf in den Regionen, in denen gestern gestreikt wurde, stabilisiert und ausgeweitet“, sagte das für Organisation zuständige Bundesvorstandsmitglied Dietmar Schäfers am Morgen in Frankfurt. „Die Streikenden stehen fest zu ihrer Gewerkschaft“, betonte Schäfers, „Streikbrecher haben keine Chance.“

ver.di warnt vor Verschärfung des Tarifkonflikts im Handel

Für den Groß- und Einzelhandel gehen die Tarifverhandlungen zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und den Arbeitgebern in den kommenden zwei Wochen in die dritten Runden.

Die Arbeitgeber haben nach Angaben der Gewerkschaft bisher keine verhandlungsfähigen Angebote vorgelegt. „Eine letzte Chance für die Arbeitgeber, eine Verschärfung des Tarifkonflikts zu vermeiden“, sagte ver.di-Vorstandsmitglied Franziska Wiethold.

Wiethold warnte die Arbeitgeber, die Löhne und Gehälter einseitig zu erhöhen: „Das bringt nur noch mehr Druck in die Auseinandersetzungen.“ Dahin gehende Empfehlungen einiger Verbände wies sie scharf zurück.

„Unsere Streikstrategie macht die Arbeitgeber offenbar nervös“, meinte Wiethold. Sie versuchten nun, mit einseitigen Zahlungen die Streikbereitschaft unter

den Beschäftigten zu schwächen. „Das Gegenteil wird der Fall sein“, betonte sie. Die Beschäftigten wüssten sehr wohl zu unterscheiden zwischen so genannten freiwilligen Leistungen und tarifvertraglich abgesicherten Einkommen. Die Streichungen von freiwilligen Gehaltsbestandteilen in der jüngsten Vergangenheit bei einigen Unternehmen haben dies belegt.

Die Höhe des Tarifiergebnisses bei der Deutschen Post AG bewertete Wiethold als „wichtiges Signal“. Es sei gelungen, deutliche Reallohnsteigerungen durchzusetzen und die Benachteiligung in Ostdeutschland abzubauen. „Eine gute Grundlage für unsere Verhandlungen“, so Wiethold. Die Laufzeit von 24 Monaten trügen jedoch der besonderen Situation bei der Post Rechnung. „Im Handel sind längere Laufzeiten als 12 Monate für uns nicht akzeptabel“, sagte die Gewerkschafterin.

Urabstimmungen im Bankgewerbe durch große Tarifkommission eingeleitet

14.6.02. Mit der Einleitung von Urabstimmungen in der nächsten Woche wird die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Arbeitsk Kampfmaßnahmen im Bankgewerbe ausdehnen. Das hat die große Tarifkommission soeben einstimmig in Frankfurt/Main beschlossen. „Die Forderung der Arbeitgeber, betriebliche Tarifsanktionen um bis zu 35 Prozent zu ermöglichen, ist skandalös“, begründete ver.di-Verhandlungsführer Hinrich Feddersen den Beschluss des 77-köpfigen Gremiums.

„Wer die Tarifgehälter radikal senken will, hat in der Denkpause einen Denkkzettel nötig“, kommentierte Feddersen die arbeitgeberseitig ausgerufenen „Denkpause“. „Streiks finden schon in

der nächsten Woche statt.“ Ein neuer Verhandlungstermin sei nicht vereinbart.

Auch in der dritten Verhandlungsrunde hätten die Bankarbeitgeber eine entsprechende Öffnungsklausel als Vorbedingung für ein Angebot gefordert. Das habe ver.di strikt abgelehnt, die Arbeitgeber hätten darauf hin die Verhandlungen abgebrochen und empfehlen nun eine unverbindliche Gehaltsanhebung von 3,1 Prozent ab Juli. „Damit haben die Bankarbeitgeber die Tarifverhandlungen nach drei Runden ohne ein einziges Gehaltsangebot scheitern lassen“, sagte Feddersen. „Die unverbindliche Erhöhung der Gehälter ab Juli ist der untaugliche Versuch, von ihren harten Absenkungsforderungen abzulenken.“

ver.di kämpft für umfassende Mitbestimmung im künftigen RBB

„Dieser Staatsvertragsentwurf entspricht nicht dem Selbstverständnis und Auftrag eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der der Demokratie verpflichtet ist“, erklärte das ver.di-Bundesvorstandsmitglied Frank Werneke am Dienstag (11. Juni) auf einer Protestkundgebung vor dem roten Rathaus in Berlin.

Wer, wie die SPD-geführten Landesregierungen von Berlin und Brandenburg im schwierigen Fusionsprozess die Rechte der Beschäftigten so drastisch beschneide „gefährdet die innere Demokratie des künftigen RBB und damit die Programmqualität“. Für eine Landesrundfunkanstalt müsse auch das Landespersonalvertretungsgesetz gelten. Der Rückgriff auf das für hoheitliche Aufgaben vorgesehene Bundespersonalvertretungsgesetz mit deutlich geringeren Mitbestimmungsrechten signalisiere

„autoritäres Denken“, wie man es bisher nur aus Zeitungsverlagen à la Axel Springer kenne.

Ein nach Gusto des Intendanten bzw. der Intendantin verfasstes Redaktionsstatut, wie es der Staatsvertrag vorsehe, sei „ein Schlag ins Gesicht des kritischen Journalismus, den unsere Gesellschaft notwendig braucht“. Auch durch die neue Zusammensetzung des Rundfunkrates, in dem ver.di sowie der Journalistenverband sich einen Sitz teilen müssten, werde die kompetente und kritische Vertretung der Fachgewerkschaften entschieden geschwächt.

„ver.di wird sich nachdrücklich mit Euch bis zum Erfolg für die vollen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten kämpfen“, erklärte Werneke unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus beiden Rundfunkanstalten.

Zukunftskongress 2010 der IG Metall in Leipzig

IG Metall schiebt schwierige Entscheidung vor sich her

Sicher ist es noch zu früh für eine abschließende Beurteilung des Diskussionskongresses der IG Metall, der am Wochenende zu Ende ging. Der erste Eindruck ist allerdings nicht sonderlich mitreißend. Radikales Wortgeklänge gegen Neoliberalismus wie vom IG Metall Vize Jürgen Peters waren gekoppelt mit einem kaum verhohlenen Wahlauftritt für die SPD – während bei der wesentlichen Diskussion, wie die Tarifpolitik der Zukunft aussehen soll, die Entscheidung mit einer wachswenigen Wischiwaschi-Erklärung (Flächentarif bleibt Grundlage, aber ...) vertagt wurde. Das mag aus verschiedenen Gründen notwendig sein: organisationspolitisch, weil sich verschiedene Kontrahenten für den Posten des Vorsitzenden profilieren wollen; aber vielleicht noch mehr, weil in der Mitgliedschaft der IG Metall verschiedene Interessen hinter den Parolen „Flächentarif verteidigen“ einerseits und „Öffnung für Ertragsabhängigkeit“ andererseits sichtbar werden.

Bereits in der Urabstimmung, vor allem im Südwesten, wurden diese Differenzen deutlich. Während die Belegschaften der großen Automobilkonzerne nicht zu Unrecht meinten, es wäre bei den Lohnprozenten bedeutend mehr drin gewesen, waren die Beschäftigten des Maschinenbaus eher zufrieden und sahen keine Chance, selbst mit längerem Streik mehr herauszuholen.

Der sogenannte Flächentarif schützt davor, dass sich Kapitalisten durch Methoden zur Produktion des absoluten Mehrwerts übermäßig bereichern, also durch Verlängerung des Arbeitstages, Lohndrückerei usw. Daher hat dieses Tarifs system auch eine gewisse Popularität bei den Unternehmen, er schützt vor Schmutzkonkurrenz. Der Nachteil dieses Tarifs systems tritt aber zu Tage, wenn Extraprofite vor allem durch erhöhte Produktivität, also durch Methoden zur Produktion des relativen Mehrwerts zustande kommen. Wenn das noch gekoppelt ist mit einer eher schlechten Arbeitsmarktlage und Firmenstrategien, wie sie mit Shareholder value beschrieben werden, dann fließen diese Extraprofite einfach zu den Aktionären. Diesen Extraprofit wenigstens etwas abzuschöpfen ist ein durchaus sinnvolles Ziel gewerkschaftlicher Tarifpolitik.

Der baden-württembergische Bezirksleiter hat in dem nachstehend dokumentierten Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten“ diese Problem mit den Begriffen „gesamtwirtschaftliche Betrachtung“ und „betriebliche Lösung“ beschrieben. Der Hinweis auf die Erfah-

rungen in anderen europäischen Ländern ist auf jeden Fall nützlich, denn risikolos ist ein solches System nicht. Soweit ersichtlich ist damit auch nicht an ein System „betrieblicher Öffnungsklauseln“ gedacht, also vom Tarif darf auf betrieblicher Ebene nach unten und nach oben abgewichen werden, sondern an ein zweistufiges System, also bundesweite Tarifierhöhung, die nicht unterschritten werden kann: x%, betriebliche Tarifierhöhung, bemessen am Ertrag: zwischen y% und z%.

Dass damit das Problem Niedriglohn nicht erledigt werden kann, scheint auch Huber bewusst. Gegen Auslagerungen in gewerkschaftsfreie Zonen kann Tarifpolitik unmittelbar wenig ausrichten (mittelbar vielleicht schon durch eine Hebung des Einkommensniveaus allgemein).

Eine schwierige Diskussion also für die IG Metall, und man darf hoffen, wenn die Vorstandswahlen vorbei sind, dass dann auch mit weniger Schlagworten und mehr Argumenten diskutiert wird.

alk

Dokumentiert: Stuttgarter Nachrichten, 14. Juni 2002

Tarife: Huber will IG Metall auf Reformkurs bringen – Südwest-Gewerkschaftschef fordert zweistufiges System mit Ergebnisbeteiligung und mehr Qualifizierung

Stuttgart – Drei Tage diskutiert die IG Metall in Leipzig über ihr Zukunftspapier „Offensive 2010“. Der baden-württembergische Bezirksleiter Berthold Huber will vor allem die Themen zweistufiges Tarifsysteem und Qualifizierung vorantreiben.

Herr Huber, wo erwarten Sie in Leipzig die heftigsten Diskussionen?

Sicherlich bei der Tarifpolitik. Hier gibt es den größten Reformbedarf. Die Denke der Menschen ändert sich, die Veränderungsprozesse laufen immer schneller ab. Reform heißt aber für mich, etwas wieder in Form zu bringen. Einen Totalabriss des Systems darf es daher nicht geben.

Führt die geforderte Harmonisierung der europäischen Tarifpolitik nicht dazu, dass deutsche Standards, etwa bei der Entlohnung, nach unten angepasst werden?

Bei der Lohnfindung wird es noch lange Zeit Unterschiede geben, vor allem auf Grund der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Ländern. Wir haben jedoch auch ganz unterschiedliche Tarifsysteeme. In Großbritannien und Frankreich etwa ist sie auf die Betriebe zugeschnitten, in Skandinavien, Österreich und einzelnen Beneluxstaaten gibt es eine Mischung aus gesamtwirtschaftlicher Betrachtung und betrieblichen Lösungen. Deutschland ist mit seiner rein gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ein Unikat. Ich befürworte klar ein zweistufiges Modell, auch mit betrieblichen Lösungen.

Tarifliche Öffnungsklauseln oder Ergebnisbeteiligung waren in der IG Metall bisher umstritten. Glauben Sie denn, sich durchsetzen zu können?

Wir in Baden-Württemberg haben einen klaren Fahrplan aufgestellt. Wir wollen uns Beispiele in anderen EU-Ländern anschauen. Wir werden eine Expertise bei einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft aufgeben, die uns zeigt, an was man eine Ergebnisbeteiligung etwa messen könnte. Diese Zweistufigkeit ist ja bisher nicht nur am Widerstand der IG Metall gescheitert. Auch viele Arbeitgeber mauern, weil sie ihre Zahlen nicht offen legen wollen. Über tarifliche Öffnungsklauseln kann man reden, allerdings halte ich nichts davon.

Ist für Sie die Ergebnisbeteiligung ein zentrales Thema für Leipzig?

Und für die Zeit danach. Bis Ende 2003, also noch vor der nächsten Tarifrunde, muss die IG Metall hier eine eigene Position beziehen. Was in dem Leipzig-Papier steht, ist mir noch zu defensiv. Es müssen klare, nachvollziehbare Regeln aufgestellt werden. Es muss festgezurrt werden, wie viel Einkommen vom Ergebnis abhängen darf. Auch darüber, ob vielleicht die Betriebsparteien über die Verwendung der Ergebnisbeteiligung entscheiden dürfen und diese zum Beispiel in die Betriebsrente fließen lassen, müssen wir diskutieren.

Die IG Metall fordert eine weitere Arbeitszeitverkürzung. Ist das nicht ein alter Hut?

Vor allem im Osten, wo die tarifliche Arbeitszeit noch bei 38 Stunden liegt und Massenarbeitslosigkeit herrscht, gibt es durchaus einen Bedarf. Die Unternehmen stehen im Wettbewerb mit Westfirmen, in denen kürzer gearbeitet wird. Diese Verzerrung muss beseitigt werden. Ich setze allerdings vor allem auf eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Junge Leute sehen Arbeit nicht nur unter dem Gesichtspunkt Entfremdung. Sie wollen Leistung bringen, autonom entscheiden und Freude haben. Sie dürfen wir nicht gängeln. Stattdessen sollten wir ihnen Rechte an die Hand geben.

Die IG Metall verwehrt sich gegen eine Ausweitung des Niedriglohnsektors. Wie wollen Sie dem politischen Druck standhalten?

Unsere Branche ist davon nicht so stark betroffen, denn in den Metallbetrieben wurden niedrig bezahlte Dienstleistungen längst ausgelagert. Uns fehlt also das Subjekt. Wir kämpfen mit einem ganz anderen Phänomen: Wir verzeichnen immer mehr höchstqualifizierte Arbeit. 1980 war jeder Fünfte gewerblich Beschäftigte in den obersten vier Lohngruppen, heute sind es doppelt so viele. Die Schreckensvision vom fordistischen Massenarbeiter als Normalfall ist nicht eingetreten. Im Gegenteil: Arbeit erhält eine neue Qualität, die ganz andere Anforderungen, etwa an die Ausbildung, stellt. (...)

Fragen von Volker Steinmaier, Stuttgarter Nachrichten, 14. Juni 2002

EU-Markt befördert Schienenverkehr nicht. – FAZ, Freitag,

14.6.2002. – Der Präsident des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), D. Ludwig, weist darauf hin, dass die Zahl der Gleisanschlüsse in Deutschland besorgniserregend sinke. Sie aber seien Bedingung für ein Wachstum im Schienen-Güterverkehr. Die Deutsche Bahn wolle weitere „unwirtschaftliche“ Güterverkehrsstrecken stilllegen. Es müsse deshalb ein Gleis-Anschluss-Förderprogramm des Bundes geben, um dem Trend, den Güterverkehr völlig auf die Straße zu verlagern und nur noch in den Ausbau des Straßennetzes zu investieren, entgegenzuwirken. Nur auf langen Strecken über nationale Grenzen hinweg könne die Bahn ihre Wettbewerbsvorteile gegenüber der Straße ausspielen. Anders als die Lastwagen könne die Bahn aber nicht von Lissabon nach Stockholm ungehindert durchfahren: unterschiedliche Gleisbreiten, Sicherheits-, Strom- und Signalsysteme sowie verschiedene Ausbildungsanforderungen an Lokomotivführer bremsen sie.

BDI: „Differenzierte Tarife nach Branchen, Regionen und Unternehmen.“ –

HB, Freitag/Samstag, 14./15.6.02. – M. Rogowski, BDI-Präsident, forderte nach dem Böblinger Abkommen für die Metall- und Elektroindustrie endlich bei den Lohnerhöhungen zu differenzieren. „Wenn das nicht zu schaffen ist, dann ist der Flächentarifvertrag in der jetzigen Form nicht das Richtige, dann müssen wir Unternehmer uns auf eigene Beine stellen.“ Rund 100 von 7000 Firmen kündigten nach dem Tarifabschluss ihre Verband-Mitgliedschaft.

„Verhindert die Verbändewirtschaft Reformen, Herr Henkel?“ – Auf diese Frage des Handelsblatts vom 11.6.02

antwortet H.-O. Henkel, Vizepräsident des BDI: „... es ist richtig, dass die Politik Verbände regelmäßig anhört. Einigen Verbänden hat der Staat aber das Recht der Blockade eingeräumt. Der Gesetzgeber hat Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden das Monopol zur Verabredung von Entlohnung und Arbeitszeit eingeräumt ... Wir werden nach den jüngsten Tarifabschlüssen auch wieder erleben, dass Unternehmen vom Markt verschwinden, weil sie sich diese nicht leisten können ... Hier ist der Staat gefordert, da sich noch nie ein Kartell selbst aufgelöst hat ... Um ... unser Land in die Lage zu versetzen, mit einem „political re-engineering“ unsere Reformfähigkeit wiederherzustellen, brauchen wir einen Konvent für die Modernisierung Deutschlands ... E. Stoiber hat einen solchen Konvent vorgeschlagen ...“

Presseauswertung: rst

Als letzter PDS-Landesverband hat jetzt auch die PDS Hamburg ihre Landesliste für die Bundestagswahlen aufgestellt.

Die Ergebnisse der Landesmitgliederversammlung vom 8. Juni machen deutlich, dass der Landesverband auf dem Weg ist, die jahrelangen Konflikte, die de facto zu einer Spaltung geführt hatten, einzudämmen. Mit großer Mehrheit verabschiedete die Landesversammlung eine „Wahlpolitische Erklärung“, nachdem nach sachlich geführter Diskussion zwei alternative Entwürfe in einen verarbeitet worden waren. Auch die Landesliste wurde im Großen und Ganzen einvernehmlich aufgestellt. Die Kandidaten und Kandidatinnen stehen für wichtige politische Bereiche, und die meisten größeren Strömungen im Landesverband sind vertreten, wenn leider auch nicht alle.

Als Spitzenkandidat wurde Dr. Harald Werner, 61 Jahre, Sozialwissenschaftler, gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS und Mitglied des PDS-Bundesvorstandes mit 85% der Stimmen gewählt. Auf Listenplatz 2 wurde die 29-jährige Leyla Kaya, Tochter einer kurdischen MigrantInnenfamilie aus der Türkei, gewählt. Leyla Kaya ist Arzthelferin und in der MigrantInnen- und Frauenpolitik engagiert. Weiterhin wurden gewählt: Platz 3: Ulrike Brüggemann, 28 Jahre, Krankenschwester, Vorstandsmitglied der PDS Hamburg und des Hamburger Forums für Frieden und Völkerverständigung e.V. Platz 4: Martin Wittmaack, 33 Jahre, freiberuflicher Programmierer, in außerparlamentarischen Bewegungen in Hamburg und in der PDS in St. Pauli aktiv. Platz 5: Andrea Franken, 39 Jahre, bis September 2001 Mitglied der GAL-Fraktion in der Bürgerschaft, vor zwei Monaten trat sie der PDS bei; sie hat ihren Schwerpunkt in der Sozialpolitik. Platz 6: Gerald Kemski, 51 Jahre, ist Verkehrsfachwirt, Mitglied von ver.di und Bundessprecher der AG Betrieb und Gewerkschaft. Platz 7: Anja Post-Martens, 29 Jahre, Studentin, aktiv in der Bildungspolitik, Präsidentin des Studierendenparlaments an der Uni Hamburg.

Die Landesmitgliederversammlung der PDS Hamburg wird am 29. Juni fortgesetzt mit der Aufstellung von DirektkandidatInnen in den sechs Hamburger Wahlkreisen. Hier wird es auch um die Frage gehen, ob die PDS Hamburg sich zu einem Bündnis mit „Regenbogen – für eine neue Linke“ bereit findet. „Regenbogen“, eine linke Abspaltung der GAL, hatte auf der Landesmitgliederversammlung seine Unterstützung für die PDS bekundet und die Bereitschaft erklärt, den Wahlkampf gegebenenfalls auch mit Direktkandidaten aktiv zu unterstützen. Die Landesversammlung hat das am 8. Juni begrüßt, allerdings nur mit 21 Stimmen bei 20 Enthaltungen

(bei der Bürgerschaftswahl 2001 hatten „Regenbogen“ – mit Unterstützung eines Teils der PDS – und die PDS noch gegeneinander kandidiert). Die deutliche Wahl von „Regenbogen“-Direktkandidaten wäre nicht zuletzt ein wichtiges Signal an die Linke in Hamburg, dass die PDS Hamburg ihre Politik im Bündnis entwickeln will.

Nachzutragen ist: Der Parteitag in Rostock hatte im März mit Blick auf die Bundestagswahlen vier Mitglieder – Heinz Vietze, Brandenburg, Peter Porsch, Sachsen, Volker Steinke und Kerstin Neumann als SprecherInnen des Parteirats – beauftragt, den Prozess des Neuanfangs in Hamburg zu unterstützen. Der Einsatz dieser Genossinnen und Genossen war in der Tat sehr hilfreich. Mit der Aufstellung der Landesliste ist er beendet. scc

Am 1. Juni tagte der Parteirat. Er befaßte sich mit verschiedenen aktuellen Themen, u.a. mit der Plakataktion der drei Bundestagsabgeordneten während der Bush-Rede. Für die langfristige Strategie-Diskussion war aber die **Diskussion über die Kommunalpolitik** interessant. Im Pressedienst ist zu lesen: „Einig waren sich alle Anwesenden darin, dass die Kommunalpolitik noch stärker im Parteiprogramm eine Rolle spielen muss, dass der Kontakt zwischen Basisgruppen und Kommunalabgeordneten außerordentlich wichtig ist. Konsens bestand auch darin, dass die PDS ihre Anstrengungen vergrößern muss, um junge und fachlich kompetente Menschen für ein Abgeordnetenmandat auf allen Ebenen zu gewinnen.“

Der PDS-Landesvorsitzende von Berlin, Stefan Liebig wandte sich in einem Brief an die Berliner Mitglieder. Auch wenn es sich um einen Art Hirtenbrief handelt, ist die klare Positionierung in der laufenden **Wahlkampfdiskussion** nicht unwichtig: „Die PDS bestreitet den Wahlkampf als sozialistische Opposition. Auch als solche kann es der Partei des Demokratischen Sozialismus nicht gleichgültig sein, welches der beiden Lager nach der Wahl das Heft des Regierungshandels übernimmt. Bei aller und klaren Kritik an Rot-Grün birgt Schwarz-Gelb noch weitergehende Gefahren für die Gesellschaft, einschließlich der eines gesellschaftlichen Rechtsrucks.“ Anders als Gysi, der die Tolerierung von Schröder anbot, geht es Liebig um Inhalte und darum, einen Sieg der Reaktion zu verhindern.

Zu einer Meldung, die Ulmer FDP wolle gemeinsam mit NPD, Republikanern und PDS **Herrn Mölleman verteidigen**, gibt es ein klares Dementi der Ulmer und der baden-württembergischen PDS: „Mit Rassisten und Nationalisten“ gibt es keine Zusammenarbeit.

Zusammenstellung: jöd

Kurzer, vorläufiger Bericht zu der Demonstration am 15. Juni gegen Ausgrenzung und Rassismus, gegen die Grenzen, Ausschaffungen und die unsichtbaren Kontrollen in der Grenzregion.

Aufgerufen haben zu dieser Demonstration zahlreiche Initiativen aus dem Dreiländereck. Seit mehr als einem Jahr finden regelmäßige Treffen zur Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg statt. Dabei stand im Mittelpunkt u.a. die Gewalt der Abschiebung, Ausgrenzung und rassistischen Grenzkontrollen; sichtbar und dokumentiert in Gestalt eines Gefängnisses direkt hinter der deutsch-schweizerischen Grenze (Weil-Ottbach, Bässlergut). Synonym für diese manifestierte Staatsgewalt und das Verständnis von „Empfang“ (im guten Orwellschen Sinn) ist, dass direkt neben dem Ausschaffungsgefängnis die sogenannte Asylempfangs-Stelle positioniert ist. Über den Hintergrund kann man in relativ schneller Zeit – und mit Rechtsmittelfristen von zum Teil 24 Stunden (!) – wieder im Ausschaffungsgefängnis sitzen. Seit November 2000 ist dieser Betonblock, videoüberwacht und mehrfach mit Stacheldraht umspannt, in Benutzung. Ein Tag in diesem Block wird mit 700 Franken berechnet. Derzeit ist der Knast nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich als Abschreckungsinstrument aktiv.

Etwa 1200 bis 1500 Menschen hatten sich am 15. Juni – bei brütender Hitze – zu einer im Dreiländereck bislang einmaligen, gemeinsamen Aktion zusammengefunden, um diese Aufrüstung auf allen drei Seiten sichtbar zu machen. Aus dem Elsass, aus der Nordwestschweiz und aus Süddeutschland waren zahlreiche Menschen gekommen, um sich gemeinsam gegen diese modernen Rüstungsprodukte zu formieren. Die Demonstration ist hierbei nur ein sichtbares Zeichen, dass man sich dieses Grenzregime nicht bieten lassen möchte.

Begleitet von etlichen PressevertreterInnen, die im Vorfeld auch schon dazu berichtet hatten, und unter relativer Zusage, während der Demonstration über die Grenzen hinweg keinerlei Kontrollen durchzuführen, wurde die Demonstration ein Erfolg. Sowohl die deutschen BGS-Behörden (die ein Zentrum in Weil verwalten) als auch die Schweizerische Grenzschutz wie auch die Sicherheitspolizei hielten sich zurück (waren allerdings durch technologische Überwachung präsent). Der Erfolg dieser Aktion – die nicht einmalig bleiben wird – liegt in der Verbindung über die Grenzen hinweg. Parallel fand an der Grenze bei Chiasso eine Grenzblockade statt. Hingewiesen wurde auf die Konferenz der EU-Staaten in Sevilla, auf das Noborder-Grenzcamp in Strasbourg wie auch auf die Notwendigkeit, sich nicht allein von den Repressionen der staatlichen Seite bestimmen zu lassen.

Hier zwei Beiträge, die auf der Demonstration dargestellt worden sind.

Gegen Ausgrenzung und Rassismus

Redebeitrag für 15.6. in Weil a. Rh.

Überwachung und Unsicherheit

Ich möchte etwas zu den Tätigkeiten der Polizeien im Dreiländereck sagen.

Wir kennen es inzwischen alle: tägliche Routinekontrollen in den Zügen, Ausweiskontrollen auf den Strassen, Videoüberwachung in den Städten und an den Grenzen, verdeckte Ermittlungen, Aufenthaltsverbote, Telefonabhör-Aktionen, und viele andere Kleinigkeiten. Das Gebäude und die Tätigkeit des Bundesgrenzschutz stehen beispielhaft für diese Methoden. „Nacheile“ und gemeinsame Kontrollen sind inzwischen an der Tagesordnung. Der BGS wird aufgerüstet, zur nationalen Polizei verwandelt. Die Mehrheit lässt es über sich ergehen. Sie geht davon aus, nicht davon betroffen zu sein. Das ist allerdings eine Illusion.

Flughäfen, Autobahnen, Eisenbahnstrecken, Züge, Bahnhöfe, ja selbst Feldwege und fliegende Kontrollen sind heute üblich. Verdachtsunabhängige Kontrollen. Grenzüberschreitende Kriminalität. Drogentransporte. Und viele andere Stichworte.

Man hörte schon vor zehn Jahren, wie die neuen Feindbilder beschrieben werden: Menschenschmuggler, unkontrollierte Einwanderer, und die Armutsflüchtlinge aus den Drei Kontinenten, die sich nicht mit ihrem Schicksal abfinden wollen. Parallel wird bekanntlich die Gesellschaft umgebaut. Eine Sicherheit für alle existiert schon lange nicht mehr.

Gewiss ist dies heute grenz-überschreitend festzustellen. Die Aufhebung der nationalen Grenzen fand zuerst im Bereich der Kontrollen und Überwachungsmaßnahmen statt. Inzwischen gibt es mit der Schweiz sogar ein Pilot-Abkommen, das über die bisherigen Schengen-Regelungen hinausgeht. In der nächsten Woche wird in Sevilla weiter am Konzept gearbeitet. Im letzten Jahr ist europaweit die erschreckende Diskussion zur Verschärfung der „Sicherheitsordnung“ hinzugekommen. Auf die Einzelheiten möchte ich hier nicht eingehen. Wir erleben zugleich noch eine Medienberichterstattung, in der das alles nicht vorkommt.

Was wird damit bezweckt, was können wir dagegen tun?

Wir werden alle als potentielle Gefahrenquellen definiert. Wir sind verdächtig in jeder Hinsicht. Nicht nur nach der Hautfarbe, der Herkunft, der Sprache wird ausgesiebt – auch nach der Verlässlichkeit, der richtigen Gesinnung und der aktiven Teilnahme am gemeinsamen Ziel. Folglich gibt es auch die sogenannten Er-



folge bei diesen Kontrollen. Die richtige Gesinnung ist die Voraussetzung dafür. Die Polizei nennt dies in ihren Statistiken „Treffer“. Der Innenminister aus Baden-Württemberg sagt, die sogenannte Schleierfahndung habe sich „sehr bewährt“. Die im Schleppnetz hängen bleiben, sind bis zu 82 % Migrantinnen und Migranten.

Das ganze wird inzwischen umgedreht. Neben den sogenannten Kontrol-lerfolgen gibt es auch eine Erfolgskontrolle. Für die Landespolizeidirektion in Baden-Württemberg heißt dies beispielsweise, dass neben den vielen Großraumfahndungen pro Monat mindestens eine Sonderfahndung nach illegalen Ausländern durchgeführt werden muss. Man nennt dies auch „in die Ausländer gehen“. Auch so kommt man dann auf die statischen Erfolge. Und sichert sich unter Umständen auch noch seinen Arbeitsplatz, da man ja erfolgreich war...

Wenn man herausfindet, dass derartige polizeistaatliche „Maßnahmen“ sehr viel mit gesellschaftlicher Regulierung, mit Disziplinierung zu tun haben; wenn man herausfindet, dass immer mehr die globalen Kapitalinteressen geschützt werden, hingegen die davon betroffenen Menschen verfolgt werden; wenn man herausfindet, dass die Freiheit immer eine Freiheit zur übermäßigen Kontrolle und Gefahrenabwehr ist; wenn man weiß, dass die Politik immer weniger die Probleme löst, sondern sie administrativ verwaltet und polizeilich sortiert; dann ist auch hier die Frage offensichtlich: gelten Grundrechte und Menschenrechte eigentlich grenzenlos, oder sind sie bloße Verschiebemasse, eingesetzt zum Machterhalt einer politischen Klasse?

Mit all diesen offenen und verdeckten Maßnahmen wird offenkundig, dass es bislang nicht gelungen ist, wesentliche Konflikte der Gesellschaft zu lösen, auch

nicht weltweit. Allenfalls haben sie mehr Unsicherheit, eine Abnahme von humanen Prinzipien und eine erschreckende Armut an Vorstellungen von Freiheit gebracht. Es ist – auch das wissen viele – der völlig falsche Weg.

Ist es zu weit, hier eine Verbindung nach Porto Alegre zu schlagen? Dort wurde erklärt, eine Politik von Krieg und organisiertem Hunger, eine Politik der Beschädigung von Lebensbedingungen kann nicht fortgesetzt werden. Das Modell der neo-liberalen Herrschaft zerstört die Rechte der Menschen, die Lebensbedingungen und fordert die aufgerüsteten Polizeien (wie in Genua), um den Protest zu zerschlagen.

Es gibt hiergegen ein Recht auf Kritik, ein Recht auf Information, ein Recht auf Frieden, auf soziale Gerechtigkeit, auf Humanität. Ein Recht der Zusammenarbeit und Solidarität.

Genau dies wollen wir hier demonstrieren und uns dabei auch nicht von den rassistisch geprägten Kontrollen und Polizei-Einsätzen behindern lassen.

Eine andere Welt ist möglich, so heißt es in Porto Alegre. Gewiss ist dies ein weiterer Weg. Aber der jetzige Weg führt nur in die Sackgasse. Daher ist bei aller Verschiedenheit die globale Solidaritätsbewegung wichtig, die immer – wie hier auch – vor Ort angebunden sein muss. Der Ausdruck der Verschiedenheit bildet die Kraft und Basis der Einheit.

Weil/Basel

Tote an den Grenzen

Kola Bankole wurde auf dem Frankfurter Flughafen ermordet. Dies war im August 1994. Er war nicht der erste Tote. Von einer juristischen Verfolgung der Verantwortlichen ist nichts bekannt. In Belgien wurde Semira Adamu am 22.9.1998 bei

der Abschiebung mit einem Kissen erstickt. In Belgien wurde bislang vergeblich versucht, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. In Zürich wurde Khaled Abuzarifa am 3. März 1999 erstickt. Der Prozess vor dem Kantonsgericht in Zürich wurde der Arzt zu einer Strafe auf Bewährung verurteilt. In Wien wurde Marcus Omofuma zwei Monate später ebenfalls mit einem Klebeband erstickt. Auch hier sitzen die Verantwortlichen nicht vor Gericht. In Frankfurt wird im Herbst der Prozess um den Tod von Amir Ageeb eröffnet. Dieser starb am 28. Mai 1999.

Es ist offenkundig: es kann nicht nur tödlich sein, in die Festung Europa zu gelangen. Es ist offenbar auch tödlich, aus ihr wieder heraus zu fliegen.

Die Antirassistische Initiative in Berlin hatte in ihrem Jahresbericht für 2001 nur einen kleinen Ausschnitt dokumentieren können. Danach ist allein ihr bekannt geworden: 130 Tote an den Grenzen in die Bundesrepublik Deutschland. 343 Körper-Verletzungen beim Grenzübertritt, davon mehr als 200 an den deutschen Ost-Grenzen. 99 Personen töteten sich angesichts der drohenden Abschiebung, davon 45 allein in Abschiebehaft. 338 Personen haben sich aus Angst vor Abschiebung verletzt, davon 227 in Abschiebehaft.

58 Menschen starben seit 1993 bei Bränden in Lagern und unwürdigen Unterkünften. Mehr als 500 Personen wurden hierbei zum Teil erheblich verletzt.

Das sind nur einige Zahlen, das ist nur ein Ausschnitt aus dem Grenzregime in Deutschland. Wir wissen nicht, wie viele Menschen auf dem Weg von Marokko nach Spanien ertrinken. Wir wissen nicht, wie viele Schiffe im Mittelmeer auseinanderbrechen, Menschen ins Wasser geworfen werden, oder von den italienischen Grenzbehörden nicht an Land gelassen werden. Wir wissen nicht, wie viele Menschen von Schüssen in Griechenland wieder vertrieben werden.

Die Küstengrenze zwischen Spanien und Marokko – die Strasse von Gibraltar – wird inzwischen mit einem elektronischen Überwachungssystem kontrolliert. Grenztürme, z.B. in Tarifa, werden errichtet. Mobile Radarstationen und Aufklärungsflugzeuge werden eingesetzt – man kann das inzwischen bei uns in Fernsehen alles sehr gut verfolgen. Auf eine Entfernung von 5 km lassen sich mit diesen Observationssysteme bereits zwei Menschen voneinander unterscheiden. Sie erscheinen auf dem Bildschirm als Leuchtpunkte. Dann wird per Funk die Guardia verständigt. Sie können angeblich schon den Auffangort und -zeitpunkt vorausberechnen. Die technischen Anlagen stellen Konzerne wie Thomson oder Carl Zeiss her. Geld kostet das natürlich auch. Etat 150 Mio Euro – das bezahlt zum Teil die Europäische Union.

Das Ganze bildet – zukünftig auch für die osteuropäischen Länder – die Voraus-

setzung für die Eintrittskarte in die EU. Soweit nur ein kleines Detail, was in den letzten 5 bis 10 Jahren gemacht wurde, und für die nächsten Jahre alles zu erwarten ist.

Das dies auch innereuropäisch einen „richtigen Sinn“ macht, zeigten bereits die letzten Jahre. Da war die propagierte Freizügigkeit so richtig zu spüren. In Göteborg kam nur infolge glücklicher Umstände trotz Schusswaffeneinsatz der schwedischen Polizei keiner ums Leben. In Genua wurde Carlo Giuliani dann erschossen. Hunderte wurden zum Teil schwer verletzt, andere wurden auf Polizeistationen – in Erinnerung an die faschistische italienische Polizei – gefoltert.

Die Eskalationsstrategie der europäischen Länder war vorbereitet. Sie wurde auch heftig applaudiert. Man hatte Berlusconi bereits damals insoweit informiert, als wäre Osama bin Laden auf dem Weg nach Genua. Das rechtfertigt zusätzlich alles weitere.

Vor genau einem Jahr war es auch an dieser Grenze, dass bereits die ersten Demonstrationsteilnehmer durch den deutschen BGS ausgesiebt worden sind. Die Fahndungsdateien verzeichneten dann üble Informationen. Beteiligung an Göteborg, an Hausbesetzungen oder an anderen staatsfeindlichen Aktivitäten. Manche mussten sich gleich zu Hause bei der Polizei melden; eingeführt wurde das – ganz unverdächtig – anlässlich der Fußballereignisse in Frankreich, als deutsche Hooligans einen französischen Polizisten lebensgefährlich verletzten.

Was ist Kunst?

Eine Zusammenfassung
von Hans Waschkau Teil 1 von 3 Teilen

„Was ist Kunst?“ – unter diesem Titel stellt Michael Hauskeller sechzehn verschiedene Kunsttheorien der letzten zweieinhalb Jahrtausende vor (Becksche Reihe 1254, dort auch alle Quellenangaben zu Zitaten). Die Essays entstanden als Serie für die *Frankfurter Rundschau* und sollten deshalb kurz und zugleich allgemein verständlich sein. Diesen Anforderungen ist der Autor gerecht geworden. Der folgende Überblick des Inhalts hat nicht die Absicht, gute kurze Darstellungen weiter zu verkürzen, sondern soll lediglich zeigen, worum es bei den einzelnen Kunsttheorien geht.

Platon

Im ersten Beitrag wird der griechische Philosoph Platon (427–347 v.u.Z.) und seine kritische Haltung gegenüber nachahmender Kunst (Bildende Kunst und Dichtung) vorgestellt. Platon geht davon aus, dass es jenseits der realen Dinge eine Sammlung von transzendenten Ideen

Es gibt kein Grundrecht, auch nicht auf Freizügigkeit. So wurde diese Regelung damals begründet.

Gibt es zwischen den Toten an den Grenzen und diesen inneren Abwehr-Apparaten einen Zusammenhang? Das dürfte auf der Hand liegen. Der reale Zustand einer Demokratie (oder wie das heute heisst) lässt sich kaum besser ablesen als am Umgang mit den GegnerInnen der eigenen Politik. Grenzenlos freizügig, für Waren und sogenannten Dienstleistungen, d.h. für Ausbeutung und militärische und polizeiliche Dienstleistungen. Für Personen und ihre Bewegungen, für Migration und die Flucht vor Ausbeutung und Unglück existiert keine Freiheit. Wer nach Europa flieht, hat hier nichts zu lachen. Das möchte auch die Botschaft der EU sein.

Dagegen ist unser Anliegen, sich unabhängig von diesen staatlichen Autoritäten zu organisieren, wir möchten eine Freizügigkeit haben, die für Veränderungen und Bewegungen offen ist. Wir möchten Projekte fördern, die Gastfreundlichkeit und Aufnahme bietet. Wir möchten Verbindungen herstellen. Dies gilt für viele Bereiche: für Bildung, Erholung, Gesundheit, Kultur, soziale Sicherheit, gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten. Hier haben keine Lager Platz, keine Entrechtung und Diskriminierung.

Aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Dennoch ist diese Demonstration über die Grenzen hinweg auch ein kleiner Schritt dorthin.

Quelle: Indymedia

der Dinge gibt, die unvergänglich, immer gleich und damit wirklich und wahr sind. Ein realer Stuhl ist danach lediglich ein Abbild der Idee eines Stuhles. Wenn ein Künstler in einem Bild einen Stuhl darstellt, dann handelt es sich dabei sogar nur um das Abbild eines Abbildes. Schon die realen Dinge sind ein Schritt weg von der Wahrheit – nachahmende Künstler aber entfernen sich von ihr mit ihren Werken um einen weiteren Schritt. Damit ist abbildende Kunst zur Erkenntnis der Wahrheit ungeeignet. Platon ist zwar der Ansicht, dass die Erfahrung der Schönheit die Menschen nach der ewigen Wahrheit der Ideen streben lässt. Dies gilt aber nicht für Werke der nachahmenden Künste, da diese nicht das Streben nach der höheren Schönheit der Ideen fördern, sondern durch die Produktion schöner Töne, Farben und Gestalten den Eindruck erwecken, als sei diese rein sinnliche Schönheit die eigentliche und als gäbe es nichts höheres. Darüber hinaus verfolgt Kunst zumeist das Ziel, Sinne und Leidenschaften des Betrachters oder Zuhörers zu erregen und unterwandert so die Herrschaft der Vernunft. Kunst hat al-

lenfalls dann eine Berechtigung, wenn sie eine erzieherische, seelenbildnerische Funktion übernimmt. Nur Kunst, die die Menschen lehrt, ihre Leidenschaften zu kontrollieren, tugendhaft zu leben und der Wahrheit nachzustreben, kommt ein gewisser Wert zu.

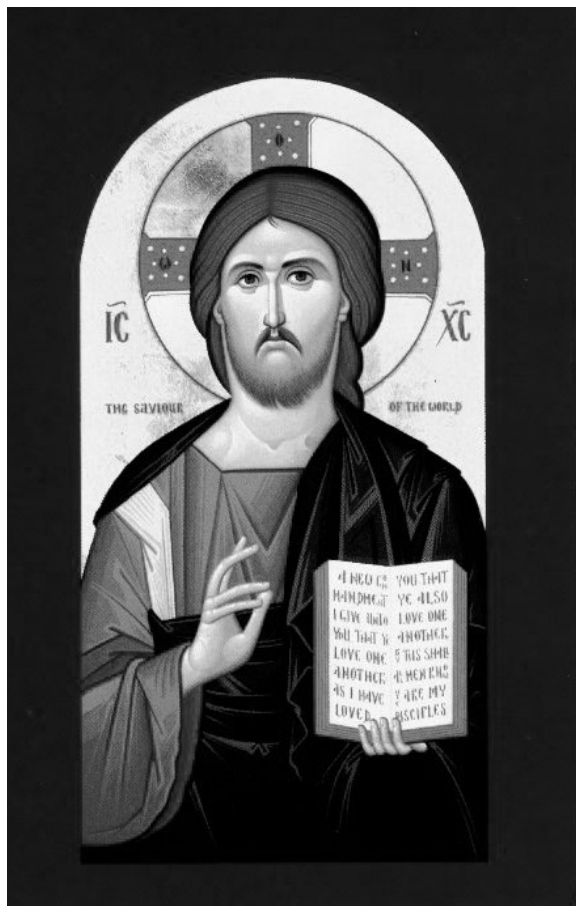
Aristoteles

Widerspruch zu Platons kritischer Haltung zur Kunst kam von seinem eigenwilligen Schüler Aristoteles (384–322 v.u.Z.). Seine anhand der Dichtung entwickelte Kunstauffassung ist auch auf andere Künste übertragbar. Aristoteles kommt zu einer positiven Bewertung der Kunst, weil er – anders als Platon – mit der altgriechischen Vorstellung bricht, jenseits der realen Welt existiere eine eigenständige Ideenwelt. Da für ihn die Ideen, d.h. die Formen der Wirklichkeit, allein in der Wirklichkeit existieren, ist ihre Darstellung oder Nachahmung auch nicht das wertlose Abbild von ohnehin schon seinsverminderten Abbildern einer transzendenten Ideenwelt. Ziel der Kunst ist zudem nicht die Nachahmung der erscheinenden Realität, sondern die Darstellung von etwas Typischen. Der Künstler filtert aus der Fülle der Erscheinungen die wiederkehrenden Muster heraus, erkennt im Zufälligen das Wesentliche und bringt dieses zur Darstellung. Dazu kann er die Dinge auch anders darstellen, als sie in der Realität existieren. Wenn es der Zweck verlangt, kann sogar etwas dargestellt werden, was eigentlich unmöglich ist. Entscheidend ist nicht die (objektive) Möglichkeit, sondern die (subjektive) Glaubwürdigkeit. Damit spielt für die Bewertung eines Kunstwerkes nicht nur der innere Wahrheitsgehalt, sondern auch die Wirkung auf den Betrachter eine Rolle. Ob ein Kunstwerk gut ist, hängt also nicht zuletzt auch davon ab, ob es funktioniert. Dabei geht es um die emotionale Wirkung eines Kunstwerkes. Auch hierin wendet sich Aristoteles gegen Platon, der in der weitestmöglichen Unterdrückung aller affektiven Regungen eine Voraussetzung für eine sittlich gute Lebensführung sah. Für Aristoteles kann dagegen eine starke Erregung am rechten Ort zur rechten Zeit moralisch und vernünftig sein, so z.B. Zorn beim Anblick eines Unrechts. Eine moralische Erziehung darf deshalb den Menschen nicht ganz von seinen affektiven Regungen befreien, sondern muss vielmehr eine Art inneren Steuerungsmechanismus schaffen, der so wirkt, dass ein bestimmtes Gefühl nur dann erregt wird, wenn es die Situation erfordert. Offenbar ist Aristoteles der Auffassung, dass Kunst hierzu einen wichtigen Beitrag leisten kann, auch wenn sich in den erhalten gebliebenen Schriften nur wenige Hinweise darauf finden, wie das vonstatten gehen soll. Allerdings hält Aristoteles es nicht für erforderlich, die Nützlichkeit von abbildender Kunst zu beweisen, um sie zu rechtfertigen. Denn nachahmende Tätig-

keit gehört ebenso sehr zum Wesen des Menschen wie die Vernunft. Ihr verdankt er seine ersten Erkenntnisse nach der Geburt, und da jeder Mensch sich am Erkennen freut, empfindet er stets eine lebhaft Freude an Nachahmungen jeglicher Art. Zur Rechtfertigung von Kunst würde es schon genügen, dass sie Freude bereitet und auf diese Weise zum menschlichen Glück beiträgt.

Mittelalter

„Die Namen Gottes“ – die Schrift eines unbekannten griechischen Autors, die vermutlich gegen Ende des 5. Jahrhunderts entstanden ist, war für die Ästhetik des Mittelalters maßgeblich. In immer neuen Wendungen wird darin das von Gott kommende Gute mit dem Sonnenlicht verglichen, das alles Lebendige erleuchtet, erschafft, belebt, zusammenhält und vollendet. Wie die Sonne verströmt auch Gott sein Licht in die Welt, gibt den Dingen Gestalt und Leben und lässt sie so am Guten teilhaben. Das Licht, das die Welt erhellte, ist die göttliche Schönheit, wovon alle irdische Schönheit nur ein Abglanz ist. Weil Licht dem nicht sichtbaren Gott wesensverwandt war, genoss es im Mittelalter besondere Wertschätzung. Als schön galt alles, was den Lichtcharakter in besonderem Maße zum Ausdruck brachte. Kunst hatte die Aufgabe, im Licht die sinnliche Schönheit der Welt vor Augen zu führen. Allerdings galt die Freude an der Schönheit weniger dem Sinnlich-Stofflichen selbst als vielmehr dem, was sich in ihm bemerkbar machte. Die sichtbare Schönheit ließ die Schönheit Gottes erahnen, war zugleich deren Abglanz und Vorschein, und sie verwies auf Gott als ihren Urheber, als den Schöpfer einer ihrem Wesen nach guten Welt. Damit hatte die Kunst eine heikle Aufgabe – bei der Darstellung der sinnlichen Schönheit musste zugleich das Wirken des Unsichtbaren im Sichtbaren, die Spuren Gottes in der Welt dargestellt werden. Es war etwas ins Bild zu setzen, was sich eigentlich seinem Wesen nach nicht ins Bild setzen lässt. Um diese Aufgabe zu bewältigen, musste es der Kunst gelingen, sichtbare Wirklichkeit nachzuahmen und zugleich deutlich zu machen, dass ihr wahrer Gegenstand ein im Nachgeahmten nur angedeutetes und von ihm wesenhaft Verschiedenes ist. Das ist der Grund für den Hang mittelalterlicher Kunst zu Formen uneigentlicher Darstellung (v.a. Symbol und Allegorie). Trotzdem war Kunst eine Gratwande-



Pantokrator, der allherrsche Christus, meist überlebensgroß – ein typisches Motiv der Ikonenmalerei.

lung: Während sie nach dem Untergang des Weströmischen Reiches im Osten zunächst in lichtdurchwirkten Materialien wie Gold, Edelsteinen und bemalten Marmor schwebte, gab es immer wieder Kleriker, die befürchteten, dass damit nicht die Liebe zu Gott, sondern die Begierde nach weltlichen Gütern gefördert wurde. Aus ähnlichen Gründen wurde die byzantinische Ikonenmalerei als Götzendienst kritisiert und versucht dem alttestamentarischen Bilderverbot Geltung zu verschaffen. Mehreren heftigen Auseinandersetzungen im 8. und 9. Jahrhundert fiel eine große Zahl an Kunstwerken zum Opfer. Sie endeten aber schließlich mit einer Niederlage der Bilderstürmer. Die Masse der Gläubigen sollte nicht mit einem bloß gedachten Gott überfordert werden. Der Kritik an Abbildern des Göttlichen wurde mit der Behauptung begegnet, die Bilder seien Offenbarungen Gottes: Ein Teil Gottes sei in der Ikone bzw. die Ikone ein Teil Gottes. Eine wesentliche Änderung der mittelalterlichen Ästhetik erfolgte im Westen im 12. Jahrhundert. Bisher wurde Licht vor allem mit passenden Materialien dargestellt, in den düsteren romanischen Kirchen konnte es sich aber nur mit Mühe gegen die Gesteinsmassen behaupten. In den neuen gotischen Kathedralen trug jetzt das Licht einen triumphalen Sieg davon. Alles darin strebte zur Auflösung des Stofflichen und da-

mit zur Erhebung des Geistes zum Göttlichen. Zugleich gelangten die antiken Schönheitskriterien Symmetrie, Ordnung und Proportion zu neuem Ansehen.

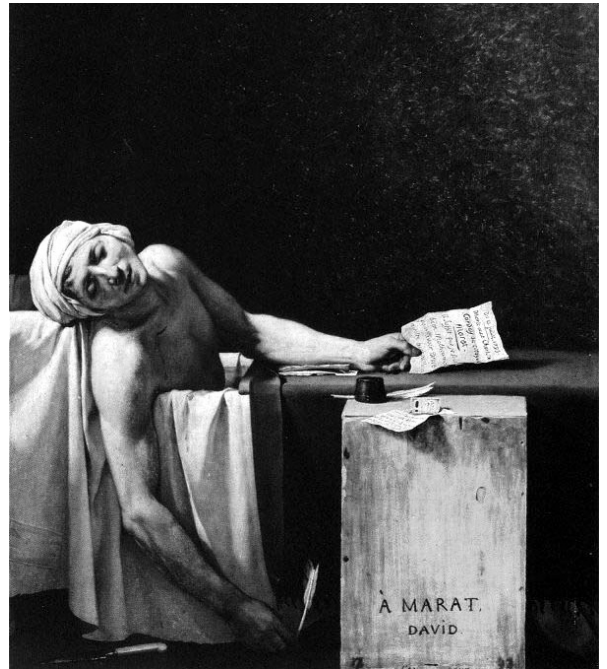
Renaissance

Die Renaissance begann im 15. Jahrhundert, als es der italienischen Kunst gelang, sich vom Gängelband der Religion zu befreien. Man hörte auf, die sichtbare, in ständiger Veränderung begriffene Welt als bloßen Schein zu verstehen, der bestenfalls Hinweise auf das eigentlich und wahrhaft Seiende enthielt und es schlimmstenfalls lügnerisch verstellte. Was das Auge sieht ist nicht die Oberfläche der Welt, sondern die Wirklichkeit selbst. Wenn man nur genau genug hinschaute, ließ sich in den natürlichen Gegenständen, insbesondere in lebenden Körpern, eine bis ins Kleinste gehende, mathematisch analysierbare Zusammenstimmung der Teile erblicken. Etwas als schön wahrzunehmen heißt, diese sich in der Erscheinung offenbarenden Strukturgesetze zu erkennen. Wer das Schöne nicht sieht, beweist nicht Mangel an Geschmack, sondern Mangel an Erkenntnisfähigkeit. Allein die sinnliche Erfahrung darf der Kunst als Lehrmeisterin dienen, denn nur dadurch lernt der Künstler das Wesen eines Gegenstandes zu begreifen und erwirbt die Fähigkeit ihn so darstellen zu können, wie es ihm entspricht. Darstellungen ohne dieses Begreifen laufen Gefahr zu misslingen. Maler etwa dürfen nicht nur nach dem Auge malen, sondern brauchen auch unbedingt anatomische Kenntnisse für die Darstellung von menschlichen Körpern, da sie sonst „eher einem Bündel Rettiche als muskulösen nackten Körpern gleichen“, wie Leonardo da Vinci (1452–1519) ironisch bemerkt. Kunst wird so ihrem Selbstverständnis nach zur angewandten Wissenschaft. Bei der vollkommensten aller Künste – der Malerei – muss der Künstler zusätzlich noch die Gesetze kennen, nach denen ein Betrachter Gegenstände wahrnimmt, da sie je nach Wahl des Standortes kleiner oder größer, dünner oder breiter, heller oder dunkler erscheinen. Die Erforschung dieser Gesetze war für der Malerei in dieser Zeit so bedeutsam, dass sie geradezu als Wissen um die Perspektive definiert werden konnte. Da sich in einem Bild der mittelalterlichen Kunst die Größe der Darstellung aus der absoluten, religiös-metaphysischen Bedeutung ergab, war dies etwas Neues. Die Künstler der Renaissance wollten die Natur nachahmen – nicht als blinde Kopie, sondern indem sie die Natur zum Vorbild nahmen und ebenso wie diese schöpferisch tätig wurden. Für alles, was es in der Welt gibt, existiert mindestens eine vollkommene Gestalt. Da diese nicht unbedingt in der Natur vorhanden sein muss, war es das höchste Ziel künstlerischer Tätigkeit, sie zu finden und im Werk darzustellen. Dies war gelungen, wenn die Darstellung eine organische Geschlossenheit aufweist, bei

der nichts hinzugefügt oder weggenommen werden kann, ohne dass dadurch ihre Harmonie zerstört wird. Was die Natur begonnen hat, aber nicht in jedem Fall ganz verwirklichen konnte, führt der Künstler zur Vollenendung. Während der Künstler des Mittelalters Handwerker und namenloses Werkzeug Gottes war, wird er jetzt selbst zu einer Art Gott unter den Menschen, ohne dass aber sein Ruhm die übrige Menschheit herabsetzen würde. Im Gegenteil hebt er sie mit sich empor, denn was er tut, geschieht zum höheren Ruhme des Menschen, der in ihm seinen eigentlichen Repräsentanten findet. Die Kunst zeigt, wozu der Mensch fähig ist, und begründet damit seine einzigartige Würde.

Immanuel Kant

Grundlage für die Überlegungen von Immanuel Kant (1724–1804) zum Wesen des ästhetischen Empfindens waren zwei entgegengesetzte Auffassungen darüber, wie Schönheit zustande kommt. Für die klassizistische Ästhetik in Frankreich galt als schön das Vernünftige, und das war damals alles, was sich begrifflich konstruieren und rekonstruieren lässt. Danach genügte es für die Erzeugung von Schönheit bestimmte, genau benennbare Regeln zu befolgen. Eine in England entwickelte Ästhetik des Gefühls stellte dagegen den Betrachter in den Mittelpunkt ihres Schönheits-Begriffs. Danach ist ein Gegenstand dann schön, wenn er subjektiv als schön empfunden wird. Daraus wurde weiter gefolgert, dass die Empfindung von Schönheit letztlich nichts anderes sei als die Empfindung der eigenen Lust bei der Betrachtung des Gegenstandes – das Schöne wäre danach mit dem nur subjektiv bestimmbaren Angenehmen identisch. Kant legt nun dar, dass in beiden Theorien zwar menschliche Empfindungen beschrieben werden, dass es sich aber bei keiner von beiden um das Ästhetische Empfinden handelt. Beim Wohlgefallen am Guten bzw. Vernünftigen geht es darum, welche Regeln zu befolgen sind, damit etwas gut für jemanden ist. Es ist immer auf einen Zweck bezogen – wie muss z.B. eine Mahlzeit beschaffen sein, damit sie gesund ist? Beim Wohlgefallen am Angenehmen geht es dagegen darum, dass etwas ohne jede Vermittlung der Vernunft bloß den Sinnen gefällt – die Mahlzeit schmeckt gut, egal ob sie gesund oder ungesund ist. Auch diese Empfindung ist mit einem Interesse verbunden, da sie der Befriedigung eines leiblichen Bedürfnisses dient – sobald



Der Tod Marats, gemalt von David 1793, ist typisch für die klassizistische Manier der Französischen Revolution. Dargestellt wird Marat, erstochen in der Badewanne von Charlotte Corday, einer Girondistin, die meinte zur Rettung des Vaterlandes beizutragen – die Kehrseite von Marats Idee, viele müssten sterben, um die Idee rein zu halten.

das Hunger gestillt ist, ist es auch mit der Lust am Essen vorbei. Für Kant ist nun das Ästhetische Empfinden bzw. das „Geschmacksurteil“ unabhängig von den eben beschriebenen Empfindungen. Er gibt den Engländern zwar darin Recht, dass die Beurteilung der Schönheit eines Gegenstandes unabhängig vom Verstand ist – wie der Genuss des Angenehmen. Aber anders als letzterer und anders auch als die Wertschätzung des Guten setzt das Wohlgefallen am Schönen keinerlei Interesse des Urteilenden voraus. Für die beurteilende Person macht dies einen großen Unterschied: Da hinter dem Schönheits-Empfinden kein persönliches Interesse steht, ist auch kein Grund erkennbar, warum andere nicht ebenso empfinden sollten. Das Urteil, etwas sei schön, beansprucht deshalb Allgemeingültigkeit, ohne dass dies mit irgendwelchen Eigenschaften des als schön empfundenen Gegenstandes begründet werden kann. Kant hält diesen Anspruch für berechtigt, weil auch die französische Erklärung für Schönheit sich ein wenig im Ästhetischen Empfinden wiederfindet. Denn für das Empfinden von Schönheit muss der Anschauungsgegenstand den Eindruck von Gesetz- und Zweckmäßigkeit vermitteln – auch wenn es dafür keinen ersichtlichen Grund gibt. Heute sagt man z.B., dass ein gutes Bild funktionieren müsse, auch wenn man nicht erklären kann, was dieses Funktionieren ausmacht. Dies liegt nach Kant daran, dass Schönheit aus einem „freien Spiel der Erkenntniskräfte“ entsteht, wenn sich nämlich die das Anschauungsmaterial bereitstellende Ein-

bildungskraft dem Joch des gesetzgebenden Verstandes (mangels begrifflicher Bestimmtheit) entzieht, und ihm doch ohne Zwang auf halben Weg entgegenkommt, indem das Schönheits-Urteil in der allgemeinen Form eines Gesetzes gefällt wird. Kant geht davon aus, dass diese Formen bei allen erkennenden Wesen gleich sind, weshalb eine nur eingeschränkte Gültigkeit der Schönheits-Empfindens nicht möglich ist. Für den Künstler folgt daraus, dass er sich nicht an vorgegebenen Regeln orientieren kann, sondern sich selbst die Regeln schaffen muss, die nötig sind, um seine Zwecke zu erreichen. Für die Hervorbringung des Schönen ist daher „Genie“ erforderlich, „das Talent, welches der Kunst die Regeln gibt“. Welche Regeln in seinem Werk wirksam sind, vermag der Künstler selber gar nicht anzugeben, da es sich nicht um Rezepte handelt, die mit Hilfe des Verstandes eingesetzt werden. Sie haben vielmehr den Charakter von „ästhetischen Ideen“, die unabsehbare und in ihren Grenzen unbestimmte Felder verwandter Vorstellungen öffnen und dadurch das Gemüt beleben. Gerade weil der geniale Künstler keine gültige Vorschrift befolgt, kann sein Werk neue Maßstäbe setzen, indem es die allgemeinen Beurteilungskriterien verändert.

Friedrich Schiller

Friedrich Schiller (1759–1805) begann seine Abhandlung „Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen“ fünf Jahre nach Ausbruch der französischen Revolution, als durch die Rohheit der entfesselten Massen und den gnadenlosen Besserungswillen Robespierres und Saint-Justs die Hoffnungen vieler auf eine gerechtere Gesellschaftsordnung, die sich auf Freiheit und Gleichheit ihrer Mitglieder gründet, bereits enttäuscht waren. Trotzdem glaubte Schiller an die Berechtigung der Empörung des französischen Volkes, die sich seiner Meinung nach gegen einen Naturstaat richtete, der auf bloßer Macht beruhte, seine Existenz lediglich dem Werk blinder Kräfte verdankte und der sich Autorität daher nur anmaßte. Schiller glaubte jetzt aber, dass eine Vermittlung des Übergangs von einem Naturstaat zu einem sittlich geläuterten Vernunftstaat erforderlich ist, um Exzesse wie in Frankreich zu vermeiden, die er sich mit dem Versuch erklärte, eine Herrschaft der Vernunft zu errichten, indem zugleich die Sinnlichkeit unterdrückt wurde. Für ihn lag die Bestimmung des Menschen nicht in der einseitigen Ausbildung seiner rationalen Fähigkeiten, sondern in der Harmonisierung und damit gegenseitigen Freisetzung von Gefühl und Vernunft. Dabei handele es sich um einander entgegengesetzte Grundtriebe des Menschen: den sinnlichen oder Stofftrieb, der eine Mannigfaltigkeit von immer neuen Erfahrungszuständen erstrebt, und den Formtrieb, dem es um die Einheit der Gestalt und damit um die Wahrung perso-

nalener Identität zu tun ist. Ein ideales Verhältnis zwischen den Trieben wäre erreicht, wenn keiner von beiden in die Wirkungssphäre des jeweils anderen eingreift. Schiller glaubte, dass sich ein solches ideales Verhältnis im Erleben von Kunst nachweisen lässt, die damit dem Menschen den Zustand seiner Vollendung vor Augen führt und so einen neuen Trieb erregt – den Spieltrieb, bei dem der Stofftrieb empfangen will, was der Formtrieb gestalten würde, und wo der gestaltende Formtrieb sich daran orientiert, was der Stofftrieb empfangen will. Das spielerische Verhältnis ist die Eigentümlichkeit des ästhetischen Zustandes. Im physischen Zustand erleiden wir die Macht der Natur, im moralischen beherrschen wir sie; im ästhetischen aber entledigen wir uns dieser Macht und werden frei. Im ästhetischen Spiel erhebt sich der Mensch über die Wirklichkeit, indem er sich seine eigene Wirklichkeit schafft. Darum zeugt nichts so sehr von innerer wie äußerer Freiheit wie die Freude am schönen Schein. Allein diese Freude aber, glaubt Schiller, kann den Boden für eine Gesellschaft bereiten, in der die Freiheit des einzelnen nicht mehr von der Einschränkung fremder Freiheiten abhängt, die vielmehr in Gestalt eines freien Bundes den Willen des Ganzen durch die ihrer eigenen schönen Natur bewussten Individuen vollziehen lässt. Heute würde aus solchen Überlegungen wohl gefolgert werden, dass jeder Mensch sich künstlerisch betätigen sollte. Schiller hat aber mehr didaktisch gedacht: „Verjage die Willkür, die Frivolität, die Rohigkeit aus ihren Vergnügungen, so wirst du sie unvermerkt auch aus ihren Handlungen verbannen. Wo du sie findest, umgib sie mit edeln, mit großen, mit geistreichen Formen, schließe sie ringsum mit den Symbolen des Vortrefflichen ein, bis der Schein die Wirklichkeit und die Kunst die Natur überwindet.“

Rezension

Nato-Krieg im Gerichtssaal

Von Franz-Karl Hitzte

Ein Lesebuch soll Wissen und Meinungen vermitteln. So auch das von Ralph Hartmann, einem der ehemaligen DDR-Botschafter in Jugoslawien. Der Titel: „Der Fall Milosevic“.

Der Autor behandelt in acht Kapiteln den Fall, nicht die Person Slobodan Milosevic, des ehemaligen frei gewählten und ebenso frei abgewählten Staatsoberhauptes Jugoslawiens vor den Schranken des sogenannten Haager Kriegsverbrechertribunals der UNO. Auf Geheiß der Nato – insbesondere der USA – wird nach dem 78tägigen Bombenkrieg der Nato gegen Jugoslawien hier im Ge-

richtssaal der Nato-Krieg mit pseudojuristischen Mitteln gegen Serbien fortgesetzt.

Ausführlich beschrieben wird die Verhaftung des ehemaligen Staatsoberhauptes Jugoslawiens in Belgrad durch die Beauftragen der Regierung Serbiens und ihres Premiers Zoran Djindjic. In diesem Zusammenhang ist das nationale und internationale Echo interessant zu lesen. Großen Raum widmet Hartmann dem Haager Tribunal, dem Auftrag, dem Aufbau und dem Mandat der Gerichtshöfe. Er schildert die verfassungswidrige Auslieferung Milosevics an das Haager Tribunal, seinen Aufenthalt in Schevringen und die Prozessvorbereitungen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Wortlaute der Erklärungen, Stellungnahmen und Verteidigungsplädoyers des Angeklagten, die in den ersten Prozesstagen über



Protestaktion gegen Preisverleihung der wirtschaftlichen Gesellschaft (u.a. Oetker) an die Chefanklägerin Carla del Ponte am 8.6. in Münster/Westfalen.
s. auch Seite 10



TV-Satellit in alle Ecken der Welt übertragen wurden, bis es der Chefanklägerin Carla del Ponte zu riskant wurde. Denn der Angeklagte wurde zum Ankläger gegen die Nato-Kriegsverbrechen in Jugoslawien. Viele bisher unzugängliche Hintergrundinformationen, ausgewählte Dokumente und Artikel von neutralen Justiz- und Völkerrechtsexperten erhellen den wahren Hintergrund der Umstände des Prozesses gegen Slobodan Milosevic.

Der Leser kann sich somit ein eigenes Bild über den Fall Milosevic und den Haager Prozess machen. Der Autor vertritt die Meinung, dass es im Haager Gerichtssaal nicht um eine Privatperson geht, zu der man stehen kann wie man will und es für richtig hält, sondern um einen Fall von größter politischer Brisanz und Tragweite. Ein ungewöhnliches, aber notwendiges Buch, aufschlussreich und spannend.

Ralph Hartmann, Der Fall Milosevic – ein Lesebuch, Karl Dietz Verlag, Berlin 2002, br. 256 Seiten, 12,80 Euro

